

Demokrat



Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:
Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:
monatlich Ks 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährig 96.—
jährlich 192.—

Rückstellung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
sendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich

Postfachamt: 57544.

Inserate werden laut Tarif
billig berechnet. Bei öfteren
Einschaltungen Preisnachlass.

6. Jahrgang.

Freitag, 15. Jänner 1926.

Nr. 13.

Der französische Parteitag

Keine Beteiligung an der Regierung!

Der außerordentliche Parteitag der französischen sozialistischen Partei hat, wie schon gemeldet wurde, mit 1765 gegen 1331 Stimmen beschlossen, den Eintritt in eine Koalitionsregierung abzulehnen. In der angenommenen Resolution wird erklärt, die Partei wolle sich durch diese Ablehnung gegenüber den gegebenen außergewöhnlichen Umständen nicht der Verantwortung entziehen, vielmehr sei sie bereit, die Regierung allein zu übernehmen, was die Unterstützung durch die linken Gruppen zur Voraussetzung hätte, doch müßte sie dabei in der Lage sein, innerhalb der Regierungspolitik die Vorherrschaft zu üben. Gleichzeitig wird die Vereinfachung der Partei zum Ausdruck gebracht, die Politik der parlamentarischen Unterstützung auch weiterhin zu betätigen, was natürlich nicht die Unterstützung je d'ordre der Regierung bedeutet, sondern nur einer solchen, welche die schwebenden Fragen nicht gegen die Interessen der Arbeiterchaft zu lösen gedenkt.

Es ist nicht das erstemal, daß die französische Partei über die Regierungsteilnahme diskutiert hat. Schon als sie, um die Regierung Poincarés zu stützen, den Abschluß eines Wahlbündnisses mit den Linksparteien erörterte, wurde die Frage aufgeworfen, ob ein solches Kartell die Partei nicht zwingen würde, als Folgerung den Eintritt in die Regierung abzuleiten. Auf dem Parteitag von Marseille wurde die Entscheidung von Vertretern in die Regierung Herriot abgelehnt, doch anerkannte der Parteitag die Pflicht, Frankreich eine Regierung der Linken, was eine Regierung des Friedens bedeutete, zu erhalten und ihr die notwendige Unterstützung zu leisten, um gegenüber der Politik der Gewalt die Politik der Verständigung zu fördern. Auch auf dem außerordentlichen Parteitag in Paris im Juni 1924 wurde die Stellungnahme der Partei zur Regierungsbildung verhandelt und der Eintritt abgelehnt.

Wenn sich der eben beendete außerordentliche Parteitag der französischen sozialistischen Partei neuerdings mit dieser Frage befaßt, so hat dies seine besonderen Gründe. Wie fast alle europäischen Staaten, steht auch Frankreich in seiner staatlichen Entwicklung vor Schwierigkeiten, die überwunden werden müssen, soll es nicht dem wirtschaftlichen Chaos und auch der Herrschaft des Faschismus verfallen, der heute noch in Frankreich keine allzu große Bedeutung hat, sie aber leicht erlangen kann, wenn ihm die Verhältnisse weiter in die Hände arbeiten. Seit vielen Monaten löst in Frankreich eine Regierungskrise die andere ab. Auch hier zeigt sich die überall wahrnehmbare Schwäche des parlamentarischen Systems, die allerdings nicht dem Wesen des Parlamentarismus und der Demokratie entspricht, sondern den gesellschaftlichen Kräften. Wie viele andere Staaten lebt auch Frankreich in einer Uebergangszeit, das Charaktere der proletarischen Parteien führt auch dort zu einer Erschwerung der Regierungsbildung. Nun wächst aber die Not des Landes ständig und die Probleme der inneren Wirtschaft des Staates drängen zur Lösung, denn die Folgen des Krieges und der Friedensverträge machen sich bedenklich fühlbar. Lange Jahre hindurch kam der wahre Charakter der Wirtschaft- und Finanzlage des Staates nicht zum Ausdruck, aber nun muß die Sanierung der kranken Währung und die Ausbalsamierung des Staatshaushaltes vorgenommen werden, wenn die Katastrophe vermieden werden soll. Die Industrie sucht die Sanierung in unglaublicher Kurzsichtigkeit zu verhindern und sie kann auch gegen die Finanzmächte nur im scharfen Kampfe errungen werden. Die bürgerlichen Linksparteien, selber zu schwach, um diesen Kampf zu führen, möchten daher die Sozialisten in die Regierung locken, aber so sehr diese die Notwendigkeit der Stabilisierung der Währung als erste Voraussetzung für die Befreiung der Finanzen und der Wirtschaft anerkennen, so haben sie doch die Zumutung eines Zusammenarbeitens mit den Bürgerlichen in einer Koalition neuerlich abgelehnt. Eben dazu hatte ein Teil der Mitglieder der sozia-

Neue Krise in Frankreich.

Der Angelpunkt der Finanzvorlage Doumers, die Erhöhung der Umlagsteuer, im Finanzausschuß gefallen. — Die sozialistischen Vorschläge angenommen

Paris, 14. Jänner. Wie allgemein vorausgesehen wurde, lehnte heute der Finanzausschuß der Deputiertenkammer mit 21 gegen 5 Stimmen den Artikel der Regierungsvorlage ab, der die Bestimmung über die verdoppelte Umlagsteuer enthält. Damit ist in der Kommission einer der Hauptpfeiler der Finanzvorlage Doumers gefallen. Briand wird wahrscheinlich noch das Plenum der Deputiertenkammer über das Schicksal des Regierungsentwurfes entscheiden lassen. Es wird ein harter Kampf geführt werden, in dem Briand kaum nachgeben, sondern seinen Einfluß benützen wird, um wenigstens einen Teil der Rabatellen zu gewinnen.

Vorläufig herrscht auch in Regierungskreisen ein gewisser Optimismus, da klar ist, daß keine Partei sich dazu entschließen wird, die volle Verantwortung für eine Verlängerung der jetzigen mißlichen Finanzverhältnisse zu übernehmen.

Nach der Abstimmung schlug der Sozialist Blum vor, daß das Budget durch Erhöhung

der direkten Steuern ausgeglichen werde und erst dann, wenn diese nicht genügen, zu den indirekten Steuern gegriffen werde, welche aber nicht die Lebensbedürfnisse treffen dürfen. Der erste Teil des Vorschlages Blum wurde mit 18 gegen 12 Stimmen, der Gesamtvorschlag Blums mit 17 gegen 12 Stimmen angenommen.

Die Entscheidung bei der Kammer

Paris, 14. Jänner. Briand ersuchte den Vorsitzenden des Finanzausschusses, der Ausschuß möge so bald als möglich über den Gesamtbericht beschließen und ihn der Deputiertenkammer vorlegen, welche dann selbst entscheiden wird.

Nach längerer Debatte nahm der Ausschuß eine Resolution Blums an, in der es heißt, daß der Ausschuß dem Kammerplenum seinen Bericht über die heutige Lage vorlegen und es dem Plenum überlassen wird, selbst zwischen dem Regierungsvorschlag und den vom Ausschusse angenommenen Vorschlägen zu entscheiden.

Die Umbildung der österreichischen Regierung.

Offizielle Demission der Regierung. — Heute Neuwahl durch den Nationalrat.

Wien, 14. Jänner. (M.) Mittags trat unter dem Vorstehe des Bundeskanzlers Ramek ein Ministerrat zusammen, in welchem die Demission der Regierung beschlossen wurde.

Der Bundeskanzler wies darauf hin, daß die Bundesregierung seinerzeit von der Mehrheit der politischen Parteien des Nationalrates mit der Aufgabe gewählt worden sei, das Genfer Programm zu Ende zu führen. Die Bundesregierung betrachtet diese Aufgabe als erfüllt und glaubt da-

mit, das vorgesehene Staatsregierungsprogramm erreicht zu haben.

In der Nachmittags Sitzung des Nationalrates machte Präsident Miklas von der Demission der Regierung Mitteilung. Nach der Hausung trat der Hauptausschuß zusammen, dem der Vorschlag für die Wahl der neuen Regierung Ramek unterbreitet wurde. Die Wahl der Regierung, die Angelobung und die Regierungserklärung im Nationalrate dürften nach den bisherigen Dispositionen morgen mittags erfolgen.

Moderne Raubritter.

Der Erz-Großherzog von Mecklenburg-Schwerin steht eine 700prozentige Aufwertung durch.

Berlin, 14. Jänner. (Eigenbericht.) In der heutigen Sitzung des Rechtsausschusses des Reichstages wurde mitgeteilt, daß die ehemalige großherzogliche Familie von Mecklenburg-Schwerin nach der bereits durchgeführten Aufwertung noch sehr weitgehende Aufwertungsansprüche gestellt habe. Sie hat auch durch einen Schiedsspruch durchgesetzt, daß ihre Forderungen

mit 700 Prozent aufgewertet wurden. Raum war der Schiedsspruch gefällt, verlangten die Mitglieder dieser Familie, daß ein Betrag von 389.000 Goldmark sofort ausgezahlt werde.

Dann wurde der Fall des Fürsten von Schaumburg-Lippe verhandelt, der als reichster deutscher Fürst nicht nur sein ganzes Vermögen sich erhalten hat, sondern auch ein Fünftel des landwirtschaftlichen Besitzes und fast die Hälfte der Forste des Staates besitzt. Er lebt außerhalb Deutschlands, seitdem er eine sogenannte Nebenbürliche Frau geheiratet hatte.

listischen Kammerfraktion geraten, da er es für die Pflicht der Partei hält, in dieser Stunde nationaler Gefahr in die Regierung einzutreten und die Mitverantwortung zu tragen, um der Anflation vorzubeugen und dem drohenden Faschismus zu begegnen.

So einleuchtend diese Gründe für manden ausfallen mögen, es stehen ihnen für die Partei und für das französische Proletariat noch weit gewichtiger gegenüber. Es ist nicht möglich selbst mit bürgerlichen Linksparteien, so denkt die Mehrheit der Partei, ein gemeinsames Programm zu schaffen, es können dabei nur Profanen für die Arbeiterchaft abfallen, wobei die Partei Verpflichtungen übernehmen müßte, deren Tragweite in keinem Verhältnis zu den Erfolgen stünde. In allen ernstlichen Fragen würde eine wirkliche Gestenmachung sozialistischer Forderungen unmöglich sein, Wert und Charakter sozialistischer Parlamentarismus würde abgeschwächt und verfälscht werden und man würde zu gefährlichen Kompromissen gelangen. Es hat sich noch überall gezeigt, daß der Besitz einiger Ministerposten nicht auch die Ausübung wirklicher Macht bedeuten muß, am allerwenigsten in einer Zeit der wirtschaftlichen und finanziellen Zerrüttung, wie sie jetzt Frankreich durchlebt. Die Übernahme der Mitverantwortung für Verhältnisse, an denen die Sozialisten keine Schuld trifft, hieße das Vertrauen der Massen zur Partei erschüttern und dem Faschismus erst recht die Wege ebnen. Die größte Gefahr liegt aber darin, daß ein Eintritt in die Regierung voraussichtlich die Partei spalten würde. So notwendig die Verteidigung

der Demokratie ist, diese Verteidigung könnte am schlechtesten geführt werden, wenn der Eintritt in eine Koalition die vor nicht sehr langer Zeit geschaffene Einheit der Partei zerfälschen würde. Das müßte sich, wie die Erfahrung lehrt, eines Tages bitter an der Arbeiterchaft rächen. Ministerposten zu erreichen, die von fraglichem Werte für die Bestimmung der Richtung der Politik wären, auch wenn es gelänge, einige besondere Aufgaben der Lösung zuzuführen, und dafür die Zertrümmerung der Einheit der Partei eintauschen, das kann nur wünschen, wer die Bedeutung der Einheit und Stärke der kämpfenden Arbeiterklasse unterschätzt.

Die Mehrheit der sozialistischen Partei Frankreichs hat daher mit ihrem Beschlusse das einzig Richtige getroffen. Auch wenn danach eine Rechtsregierung kommen sollte, so ist dies in der gegebenen Situation für die französische Arbeiterklasse noch immer weniger von Uebel, als es die Vernichtung ihrer Geschlossenheit wäre. Die Partei fühlt die Pflicht, das Möglichste zur Rettung des Landes zu tun, sie ist bereit, eine Regierung zu bilden, in der die Sozialisten bestimmenden Einfluß besitzen, sie will auch die Regierung im ehrlichen Bestreben, das Land vor einer Katastrophe zu retten, unterstützen, über alles aber stellt sie die Pflicht gegenüber der Arbeiterchaft und die Sorge, die Einheit und Kampffähigkeit der sozialistischen Bewegung zu erhalten. Der Beisatz und die Haltung der französischen Genossen kann allen sozialistischen Parteien als leuchtendes Vorbild dienen.

Große Schwierigkeiten Luthers.

Berlin, 14. Jänner. (Eigenbericht.) Die Verhandlungen des Reichsanwalters Dr. Luther mit den bürgerlichen Parteien über die Regierungsbildung haben bisher zu keinem Ergebnis geführt. Man sucht nach einer neuen Grundlage, auf der sich das Zentrum, die Demokraten und die Volkspartei, die die Hauptstütze der neuen Regierung bilden sollen, einigen könnten.

Die größte Schwierigkeit dürfte darin liegen, daß Zentrum und Demokraten Sicherungen gegen die Wiederkehr der Deutschnationalen in die Regierung wünschen, während umgekehrt die Volkspartei die neue Regierung Luther nur als einen Uebergang zu einer neuen Rechtsregierung betrachtet. Auch in den Personenfragen besteht Meinungsverschiedenheit, da Luther nicht von sich aus Vorschläge gemacht, sondern zuerst die Parteien befragt hat, welche Ministerien sie besetzen wollen. Der bisherige Reichswehrminister Gessler erklärte, sein Amt nicht mehr weiter führen zu wollen. Als Justizminister wird Dr. Marx genannt.

Die Münchener Arbeitermörder.

Konfrontierung der beiden Angeklagten.

Berlin, 14. Jänner. (Eigenbericht.) Im Münchener Arbeitermordprozeß wurde heute eine Anzahl von Zeugen einvernommen, die in der kritischen Zeit in Verlaß bei dem betreffenden Schutzpolizeikommando Dienst geleistet hatten. Sie hatten sich damals keiner Partei angeschlossen, sondern sich neutral verhalten. Sie sagten aus, daß die später erschossenen Arbeiter sich ruhig verhalten und ihre Waffen lange vorher freiwillig abgegeben hätten. Nach ihrer Ansicht seien die Erschossenen nicht Kommunisten gewesen.

In der heutigen Sitzung wurden die beiden Angeklagten einander gegenübergestellt, da Prüfer behauptete, Böhmig habe die Erziehung angeordnet. Dieser blieb dabei, daß er keinen direkten Befehl gegeben habe. Man erfuhr übrigens auch, daß Prüfer bereits mehrmals wegen schweren Diebstahls verurteilt worden war.

Ruhepause in Budapest.

Budapest, 14. Jänner. In den Erhebungen in der Geldfälscheraffäre ist eine Pause eingetreten, doch bedeutet dies, wie „A3 E3“ meldet, nicht den Abschluß der Ermittlungen. Bei der Staatsanwaltschaft ist im gestrigen Verhöre der Name von zwei sehr hochgestellten Persönlichkeiten in den Akten gefallen, von denen Prinz Windischgrätz behauptet hat, daß sie in der Affäre eine große und wichtige Rolle gespielt haben. Die Polizei hat von der Staatsanwaltschaft den Auftrag erhalten, festzustellen, ob die Aussagen des Prinzen Windischgrätz stichhältig sind.

Was macht Teleki in München?

Wien, 14. Jänner. Zur Budapestter Meldung, daß sich der frühere Ministerpräsident Graf Paul Teleki nach München begeben habe, um in der dortigen Geographischen Gesellschaft einen Vortrag über die Moskaufrage zu halten, meldet die „Arbeiterzeitung“: Wir haben über die Reise des Grafen Teleki nach München schon tags zuvor berichtet. Erst unsere Nachricht bewog die ungarische Regierung, mit dieser Meldung herauszutreten. Graf Teleki ist der Leiter des Kartographischen Instituts, in dem die Altkarte für die falschen Noten hergestellt und auch gedruckt wurden. Die technischen Leiter Gerö und Kurh sind verhaftet. Die Zusammenhänge zwischen den ungarischen und den bayerischen Fälschern sind offenkundig. Teleki zieht das für die Notenfälscher günstigere Klima Münchens dem Budapestter vor.

Gömbös kommt an die Reihe.

Budapest, 14. Jänner. (Mitteil.) Im Verlaufe der Untersuchung der Staatsanwaltschaft in der Fälscherungs-Affäre steht nunmehr die Einvernahme der von der Polizei bereits verhafteten Personen bevor, die in der Angelegenheit neue Anhaltspunkte liefern können. Außer dem in seiner Wohnung schwer krank darniederliegenden Abgeordneten Gömbös sollen weitere Personen verhaftet werden, die nicht der Mithuld verdächtig sind, aber durch Aussagen den Untersuchungsbehörden an die Hand gehen könnten.

Zadravec in Untersuchung.

Budapest, 14. Jänner. (M.N.) Da die Kompetenz der Zivilgerichte in der Affäre des Feldbischofs Zadravec geklärt ist, wird die Staatsanwaltschaft gegen ihn vorgehen und ihn in kürzester Zeit verurteilen.

Religion ist Privatsache.

Auch ein Beitrag zum Thema: Sozialdemokratie und Freidenkertum.

Unter obigem Titel brachte der „Sozialdemokrat“ aus der Feder des Gen. W. Jassch einen Artikel, der vom Reichsberger „Vorwärts“ aufgenommen und einer Kritik unterzogen wurde. Dem „Vorwärts“ war es nicht um eine ernste, die Ansicht des Gegners achtende Argumentation zu tun, sondern darum, der Sozialdemokratie auch auf dem Gebiete ihrer Stellung zur Religion, „Vorwärts“ vorwerfen zu können. Der vom „Vorwärts“ belämpfte Artikel im „Sozialdemokrat“ ist doch keine Feststellung, die von der Gesamtpartei ausgeht, sondern die Privatmeinung des Gen. Jassch, und darum darf nicht die Partei dafür verantwortlich gemacht werden.

Ob es geschmackvoll ist, daß der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund eine Neuauflage des Neuen Testaments veranstaltet, mag dahingestellt sein. Ist die Auflage mit entsprechenden Kommentaren versehen, dann kann unter Umständen das Lesen der Bibel zum Nachdenken Veranlassung geben und der Sache des Freidenkertums nützen. Der „Vorwärts“-Artikel erklärt, daß „in der kommunistischen Partei niemand deswegen ausgeschlossen wird, weil er der Kirche angehört, aber es wird ihm ununterbrochen vor Augen geführt, daß er einen Fehler begeht, wenn er ihr noch angehört, und er wird ununterbrochen aufgefordert, aus ihr auszutreten“. Wenn sich jemand herausnimmt, in der Presse eine Person oder eine ganze Partei anzugreifen, dann ist „Richtwissen“ keine Entschuldigung. Vielleicht hat das Nichtwissen des Artikelschreibers des „Vorwärts“ noch gar nicht gebrannt, auch nicht als allerbestehendes Stümperchen, als die Redner der Sozialdemokratie schon den Materialismus, die katholische und evangelische Kirche belämpften und den Austritt aus der Kirche empfahlen haben. Die Religion als solche wurde allerdings nicht belämpft und wird nicht belämpft werden können, und zwar aus dem Grunde nicht, weil kein eindeutiger klarer Begriff über das Wesen der Religion vorliegt. Was gemeinhin unter diesem Namen bezeichnet und gelebt wird, wird dadurch zur Konfession, zum Religions-system. Als begriffliches Wesen gelangt die Religion in gewissen Formen und Gebräuchen zur äußeren Erscheinung. Deswegen gibt es eine christliche, katholische, jüdische, islamitische, buddhistische Konfession, wofür allerdings fälschlich die Bezeichnung Religion gewählt wird. Es kann eben nur „die Religion“ nicht aber „die Religionen“ geben. Nun wird unter Religion nicht ein einheitlicher Begriff, sondern Verschiedenes verstanden. Dem einen ist die Ehrfurcht vor der Natur Religion, dem anderen nach dem Bewußtsein, seine eigenen Triebe der Allgemeinheit unterzuordnen, Religion sein. Zu einer einheitlichen Auffassung über Religion ist nur dann zu kommen, wenn davon ausgegangen wird, daß sie zum Inhalte hat den Glauben an einen persönlichen Gott und die Auferstehung nach dem irdischen Tode zu einem ewigen Leben. Wird der Religion dieser Begriff gegeben, dann ja, dann gewinnt die Stellung der Sozialdemokratie zu ihr aktuelle Bedeutung. In diesem Falle wird sich teilweise eine andere Ansicht geltend machen, wie die des Genossen Jassch.

Vorur die abweichende Meinung gegenüber dem in Frage kommenden Artikel gemacht wird, ist eine Feststellung vorzunehmen. Die Sozialdemokratie sagt gar nicht einmal: „Religion ist Privatsache“. In ihrem Erfurter Programm (1891) erhebt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands im Punkt 6 der Grundsätze, „Erklärung der Religion zur Privatsache“. Im Wiener Programm (1901) fordert die sozialdemokratische

Großzügige Konzentration der Energie-Erzeugung.

Ein Vorschlag der englischen Bergarbeiter zur Kohlenkrise.

London, 14. Jänner. (M.) Heute wurden der Untersuchungskommission zur Prüfung der Lage der Kohlenindustrie die Vorschläge der Bergarbeiterföderation vorgelegt. Diese Vorschläge sind, wie zu erwarten war, weitreichend und auf sehr breiter Grundlage ausgearbeitet. Unter anderem wird der Vorschlag gemacht, den ganzen Kohlenbergbau vollkommen umzugestalten und zu verstaatlichen. Die Bergleute machen weiters den Vorschlag, diese Industrie in einen Pro-

duktionskomplex einzubeziehen, in welchem die Kohlenförderung, die Erzeugung elektrischer Energie auf breiter Grundlage, die Erzeugung rauchloser Brennstoffe, die Erzeugung von Leuchtgas und von Schwerölen und anderer Nebenprodukte einbegriffen wären.

Die heutige Sitzung der Kohlenkommission war hauptsächlich der Erläuterung dieser Vorschläge gewidmet.

Arbeiterpartei Deutschösterreichs im Punkt 8 der Grundsätze: „Erklärung der Religion als Privatsache“. Dieser Satz ist nicht die Feststellung eines bestehenden, sondern die Forderung eines zu schaffenden Zustandes. Diese Forderung ist an den gegenwärtig bestehenden Staat gerichtet. (Friedrich Stampfer: Religion ist Privatsache. Erläuterungen zu Punkt 6 des Erfurter Programms, Seite 14, Berlin 1919.) Ueber das Verhältnis des Einzelnen zur Religion sagt das Programm überhaupt nichts und die Partei muß es jedem ihrer Mitglieder überlassen, sich mit der Religion und ihrer historischen Erscheinung, der Kirche, auseinanderzusetzen. Die Partei tritt für die vollständige Trennung der Kirche vom Staate ein und fordert, daß weder staatliche Geldmittel noch staatliche Gewalt der Kirche zur Verfügung gestellt werden. Der Alkoholismus ist letzten Endes wohl auch ein großes Hindernis für die Partei. Sie kann aber trotzdem nicht fordern, daß jedes Mitglied auch Abstinenz sein muß, wohl aber wird sie die Zuwendungen von öffentlichen Mitteln an Alkoholverzeuger aufs heftigste bekämpfen. Für die Partei ergibt sich gar kein Dilemma aus ihrer Forderung der Erklärung der Religion zur Privatsache und bei einer Neuformulierung des Programms drückt nur dieser Satz getreulich und an seine Stelle gesetzt zu werden: „Trennung der Kirche vom Staate und ihre vollständige Beseitigung aus allen öffentlichen Schulen“.

Daß die Partei heute keine Kirchenaustrittsbewegung als Parteiparole propagieren darf, ja gar nicht einmal kann, selbst wenn sie wollte, da wahrlich ganz andere Arbeiten zu bewältigen sind, ist klar. Dafür ist wirklich die proletarische Freidenkerorganisation da und es ist nur zu wünschen, daß sie recht große Erfolge erzielt. So ganz einfach ist eben die Sache nicht, daß der Inhalt der Taufmatriken nebenächlich und das Stärkeverhältnis der politischen Parteien allein maßgebend wäre. Wie sollte das Stärkeverhältnis der politischen Parteien ausschlaggebend sein, wenn der Großteil der Anhänger dieser Parteien noch einer Religionsgenossenschaft angehört. Gerade bei dem Kampfe mit dem Materialismus spielt die Zugehörigkeit zur Kirche eine große Rolle. Bei jeder Gelegenheit verweisen die Materialisten triumphierend auf den Umstand, daß die Zahl der Konfessionslosen klein ist, während die Zahl der Katholiken eine gewaltige ist. Weich die politische Partei, die die Trennung der Kirche vom Staate fordert, daß die Mehrzahl, oder wenigstens ein Großteil, der Bewohner eines Staates der Kirche den Rücken gekehrt hat, dann ist die Wucht des Angriffes eine ganz andere, als im gegenwärtigen Falle. Hat die Partei bereits den Großteil der Bevölkerung bei einer Forderung hinter sich, dann werden sich ihr auch all die Zehntausenden anschließen, die sich immer darauf berufen, der und jener ist auch noch nicht aus der Kirche ausgetreten.

Wird Religion als der Glaube an einen persönlichen Gott, der belohnt und bestraft, und an ein Jenseits genommen, dann hat sich die Sozialdemokratie doch die Frage vorzulegen, ob es gar so gleichgültig ist, wenn einer ihrer hervorragensten Vertrauensmänner, einer ihrer Redner Angehöriger einer Religionsgenossenschaft ist. Die Partei weiß, daß sie nur dauernde Erfolge erzielt, wenn sie die Arbeiterkraft zum Klassenbewußtsein erweckt. Die Partei hat den Kampf für die Masse der Unterdrückten gegen die Unterdrücker zu führen und dieser Kampf ist der Klassenkampf. Ist es nun mit dem Klassenkampf beendbar, wenn die Religion den Menschen, den arbeitenden, unterdrückten, ausgebeuteten Menschen mit seinem Anspruch auf irdisches Wohlergehen in das Jenseits verweist? Es ist nicht für jedermann leicht, sich einen Klassenkämpfer vorzustellen, der jeden Sonntag in die Kirche geht und sich einen fleißigen, gläubigen Kirchenbesucher sich als guten Klassenkämpfer zu veranschaulichen.

Der Sozialismus an sich ist kein Feind der Religion. Soweit er im Streite mit ihr liegt, ergibt sich dies aus seiner philosophischen Unterlage, aus seiner wissenschaftlichen Einstellung. Die Wissenschaft aber ist mit der Religion unvereinbar und was der Sozialismus über Gott und Religion zu sagen hat, hat er von der Philosophie entnommen, denn er ist der Erbe der deutschen klassischen Philosophie. Da die Wissenschaft Gott, und damit die Religion, negiert, ist es ein Widerspruch an sich, wenn ein wissenschaftlich gebildeter Sozialdemokrat, der als Lehrer und Aufklärer in die Versammlungen hin- und hergeht und somit ein Verkünder der Wissenschaft ist, die, wie ausgeführt, mit der Religion nichts gemein hat, Mitglied einer Religionsgenossenschaft ist. Welchen Eindruck würde es wohl machen, wenn in einer Versammlung in einer Debatte über religiöse und kirchliche Dinge, der sozialdemokratische Redner, der mit aller Bewußtseinsklarheit einer wissenschaftlichen Überzeugung dem dogmatischen Gedankengebäude gegenüber sich kritisch-wissenschaftlich verhält, plötzlich gefragt würde: „Warum er denn eigentlich noch Mitglied einer Religionsgenossenschaft sei und dadurch den Materialismus stärke?“ Sollten in einem solchen Falle seine Ausführungen noch besonderen Nutzen stiften? Diese Frage wäre wohl einer Untersuchung wert.

Wenn die Freidenkerbewegung als wertvolle kulturelle Hilfsbewegung der Sozialdemokratie gewertet wird, dann ist sie zu unterstützen und von beiden Seiten ist mit Eifer an der Aufrechterhaltung eines guten Einvernehmens zu arbeiten. Dann wird die Freidenkerbewegung der Partei wertvolle Dienste leisten und umgekehrt die Partei der Freidenkerbewegung. Den Nutzen aber wird das arbeitende Volk haben und seine Feinde, der Materialismus inbegriffen, werden niedergebungen werden.

Inland.

Richtige Zeitstellungen — widerprechende Schlussfolgerung.

Die „Bohemia“ widmete in ihrer Donnerstagsnummer den tschechischen Sozialdemokraten einen im allgemeinen sachlichen Zeitartikel, der Kritik an dem vorbehaltlosen Anschluß der tschechischen Sozialdemokratie an die nationalistiche Politik der Koalition übt. Es ist leider zum guten Teile richtig, daß „Bohemia“ mit Herrn Kramar... in gleichem Schritt und Tritt marschieren. Richtig ist auch, was die „Bohemia“ über das Verhältnis des Sozialismus zur republikanischen Staatsform schreibt, die ja in der Tschechoslowakei wirklich von keiner Seite ernstlich bedroht ist. Es heißt da in dem „Bohemia“-Artikel unter anderem:

„Niemand hat man das Bekenntnis zur Republik in abstracto nach dem Muster des „Pravo Lidu“ als Grundpfeiler der sozialistischen Lehre als solcher bewertet; träte dies zu, dann wären der Belgier Vanderelde und der Engländer Ramsay MacDonald keine Sozialisten, ganz abgesehen von den Sozialisten Hollands und Schwedens, Italiens und Südslawiens, die sich energisch verteidigen würden, als Parteigenossen minderen Grades betrachtet zu werden, weil bei ihnen die republikanische Staatsform nicht zur Einführung gelangt ist.“

Dies alles trifft, wie gesagt, zu und es ist anzuerkennen, daß die „Bohemia“ nicht den üblichen Versuch unternimmt, aus dem tschechischsozialdemokratischen Beispiel ein „Verfälschen“ des sozialistischen Gedankens überhaupt zu konstruieren. Allerdings erklärt sich das aus dem Umstand, daß das deutsche Bürgertum eben in nationaler Hinsicht von einer Aenderung der tschechischsozialdemokratischen Politik profitieren möchte und also nur aus diesem Grunde auf sozialistische Grundsätze sich beruft. So beweisen denn auch die Schlussfolgerungen, zu denen die „Bohemia“ aus richtigen Voraussetzungen kommt, daß das deutsche, wie überhaupt das Bürgertum, über den engen nationalen Horizont hinaus nicht einmal logisch zu denken vermag. Die „Bohemia“ erwähnt nämlich ein Zeitungsblatt, das den tschechischen Sozialdemokraten Tomaz! und den tschechischen Parteien Gajin bei der Einweihung einer Minderheitsschule harmonisch nebeneinander zeigt und schließt sodann ihren Artikel mit folgender Betrachtung, die zugleich auch den „tieferen“ Zweck dieses Aufsatzes verrät:

„Indessen: Die deutschen Sozialdemokraten werden trotz der scharfen Gegensätze zu ihren tschechischen Glaubensgenossen immer und immer wieder bei Parteiveranstaltungen die abgenutzte Klischeephase von der Einheitsfront des deutschen und tschechischen Proletariats trotz aller herben Enttäuschungen ihren Zuhörern predigen und im Hauptquartier in der Suberskale ulice wird man sich vielleicht ob dieser platonischen Geste der führenden Politiker aus der Refazanka eines stillen, ironischen Lächelns nicht ganz erwehren können.“

Das Wort von der „abgenutzten Klischeephase“ (das übrigens auf diese nationale „Moralpauke“ der „Bohemia“ weit besser angewendet wäre), beweist, daß auf dieser Seite selbst ein ernsthafter Versuch zur Sachlichkeit in dem Augenblick scheitert, wo es gilt, politische Erwägungen auf die deutsche Sozialdemokratie anzuwenden. Vollends der letzte Satz, in dem deutschbürgerlicher Scharfsinn in der Prager Viliengasse sogar das „Lächeln“ im entfernten Lidobh dann wahrnimmt, ist nur als ein Versuch zu werten, der bürgerlichen Parteimühle neue Wasser zuzutreiben — allerdings ein Versuch mit unausgleich-

Copyright durch Wilhelm Goldmann Verlag, Leipzig, 1926.

Die Goldwäher am Klondike.

Roman aus der Zeit der großen Goldfunde in Kanada und Alaska

26 von Emil Droonberg.

Er schien das erwartet zu haben, kummerte sich aber nicht darum, sondern blieb, nachdem er ein paar Schritte vorwärts getan hatte, stehen, und ließ seine Blicke mit einem lebhaften Interesse durch den Raum schweifen, als sei ihm das Bild des Lebens und Treibens hier eine keineswegs gewohnte Erscheinung.

Das Aufsehen, oder doch zum mindestens die Aufmerksamkeit, die sein Eintritt hier erregt hatte, wurde genügend dadurch erklärt, daß, als er seinen Reiz öffnete, darunter die schwarze, allerdings ziemlich mitgenommenen Kleidung eines Predigers sichtbar wurde.

Sein Alter mochte etwa vierzig Jahre betragen. Er war hochgewachsen, aber schlank und mager. Sein Gesicht war bartlos und zeigte einen sympathischen Ausdruck.

Mehrere der Anwesenden streckten ihm die Hände entgegen, die er schüttelte.

„Hallo!“ rief ihm ein Behäbiger an der Bar, offenbar ein Geschäftsmann aus der Stadt, zu. „Haben Sie sich auch mit entschlossen, sich unter uns Sünder zu mischen?“

„Dort ist mein Platz“, entgegnete der Prediger freundlich. „Die Gerechten bedürfen meiner nicht.“

Der andere wußte offenbar nicht recht, was er aus der Antwort und noch weniger aus der Anwesenheit des Predigers hier überhaupt machen sollte und sagte:

„Well, Sie sind willkommen und zu einem freundschaftlichen Schluß eingeladen.“

„Die Getränke gehen auf Rechnung des Hauses“, erklärte der Barkeeper, der auch im Zweifel schien, wie er sich diesem unerwarteten Besucher gegenüber verhalten sollte.

Der Prediger nahm ein wenig Whisky und Zelterswasser.

„Ich dachte, Sie wären schon abgereist“, sagte der Mann, der ihn zuerst begrüßt hatte.

„Ich werde überhaupt nicht abreisen“, antwortete der Prediger. „Ich bleibe hier. Slaguah bietet ein gutes Feld für meine Tätigkeit.“

„Es kommt darauf an, was Sie hier suchen: Gold oder Sünder“, meinte der andere lachend. „Beides“, erwiderte der Prediger. „Und ich habe mir sagen lassen, daß beides hier reichlich vorhanden ist.“

Alle lachten. „By gosh, Sie haben recht, Ehrwürdigen!“ rief der Behäbige, ebenfalls lachend. „Also bleiben Sie hier und gründen Sie sich eine Gemeinde. Mancher von uns alten, grauen Sünder hat eine Kirche nötig.“

„Alle haben wir sie nötig“, versetzte der Prediger. „Die Schlimmsten zuerst, — deshalb habe ich mich entschlossen, hier zu bleiben.“

Die Anspielung ging nicht verloren und wurde von den meisten Anwesenden mit einem Grinsen beantwortet.

„Waren Sie schon bei Soaph Smith?“ fragte ein anderer. „Ich hatte Ihnen gesagt, Sie sollten hingehen und von ihm einen Beitrag für den Bau Ihrer Kirche fordern.“

„Natürlich, Mac, ich war dort“, antwortete der Prediger.

„Was, Sie waren dort, bei Soaph Smith?“ riefen mehrere zugleich, denn die Mitteilung hatte gewirkt, als ob jemand eine Bombe unter die Anwesenden geworfen hätte. Eine ganze Anzahl drängte heran, um von dem weiteren Bericht kein Wort zu verlieren.

„Ich komme eben von ihm“, bestätigte der Prediger.

„Nun, und —?“ fragten einige ungeduldig und starrten ihn dabei an, als ob sie es unerhört fänden, daß er noch einem derartigen Wagnis heil vor ihnen stand.

„Well, als ich mein Anliegen vorgebracht hatte, sagte er, er sei ein Mann, vor dessen Mut man Respekt haben müsse, und deshalb sollte ich den Weg auch nicht umsonst gemacht haben. Er gab mir dreihundert Dollar als Grundstock für meine Kirche.“

Ein wahres Toben aufgelaßener Lust brach los. Lachen und Ausrufe schwirren durcheinander. Mac schlug sich mit seiner breiten Zimmermannshand auf den Schenkel, daß es klatschte.

„Tungens“, rief er, „ich will zeitlebens nur noch Zelterswasser trinken, wenn das nicht der beste Wit ist, den ich je gehört.“

„Ich bin aber noch nicht ganz zu Ende“, sagte der Pastor.

„Well, was sagte er noch?“

„Er fragte, wer mich eigentlich auf den Gedanken gebracht habe mich an ihn zu wenden. Ich nutzte ihm unsern Freund Mac hier. Er meinte, daß Mac sich einen schlechten Wit erlaubt habe, was ja eigentlich auch meine Auffassung von der Sache war. Nun war er aber der ganz richtigen Ansicht, daß man sich mit der Kirche keine Witte erlauben sollte. Er sagte deshalb, daß er die dreihundert Dollar Mac in Rechnung stellen und sie sich gelegentlich von ihm wieder abholen wolle.“

Mac machte ein ziemlich betroffenes Gesicht. Eine derartige Anklage von Soaph Smith war niemals Bluff.

„Mac“, rief ihm jetzt der Behäbige vor. „Prustend zu, indem er sich wie dieser vorher und in genauer Nachahmung von dessen Haltung auf das Bein schlug, „ich will auch zeitlebens nur noch Zelterswasser trinken wenn das nicht ein noch viel besserer Wit ist.“

„Aber, Gentlemen, ich bin eigentlich noch nicht ganz fertig“, sagte der Prediger mild. „Soaph Smith hat noch mehr gel.“

„Was denn? Heraus damit! Lassen Sie uns doch nicht so lange warten.“

„Ich weiß nicht recht, ob ich es hier wiederholen sollte, was er noch gesagt hat. Er hat nämlich, wie Ihnen wohl bekannt ist, die Gewohnheit, Ausdrücke zu gebrauchen, die mehr deutlich als höflich sind.“

„Was ist dabei, Raus damit. Wir können Soaph Smith auch mit Komplimenten aufwarten, wenn's nötig ist. Er wird uns wohl nicht gleich schamrot machen“, rief man von mehreren Seiten.

„Well, Gentlemen, er meinte — ich bitte aber zu bedenken, daß es nur die Worte von Soaph Smith sind, die ich, und zwar auf Ihren ausdrücklichen Wunsch, wiederhole. Er sagte also, er hoffe, daß alle die andern Spitzbuben in Slaguah — und es gab hier fast so viel Spitzbuben wie Einwohner — den Bau unserer Kirche in gleicher Weise fördern würden.“

Mac's Gesicht, dessen Rot für eine kurze Weile eine Schattierung von Blau angenommen hatte, gewann jetzt langsam seine natürliche Farbe wieder, während die übrigen sich gegenseitig anstarrten, um die Wirkung dieser etwas verblüffenden Mitteilung von den Beschreibern der andern abzulesen, wenigstens soweit diese zu ihren Mitbürgern gehörten und demgemäß in das Werturteil mit eingeschlossen waren.

„Bei, du bist geschlossen“, rief Mac, erleichtert darüber, daß er nicht mehr allein Gegenstand des Allgemeinen Spottes war, wenn auch die Situation immer noch einige unangenehme Aussblicke für ihn enthielt. „Das ist der beste Wit von allen. Und niemand wird behaupten können, daß es Soaph Smith an Vollkommenheit fehlt.“

(Fortsetzung folgt.)

Rundfunk für Alle!

Programm für heute, den 15. d. M.

Prag, 18.15: Deutsche Sendung auf Welle 800. Red. G. Heine: Deutsche Dichtungen in Böhmen. 20.02: Konzert. — Brünn 19.30: Proben aus der Wilson-Trilogie. — London, 20.30: Chopin. — Paris, 21.30: Konzert. — Berlin, 20: „Der Barbier von Bagdad“. — Stuttgart, 20: Unheimliche Dämmerstunde. — Leipzig, 21.15: Volkstümlich. Konzert. — Dresden, 20.15: „Die spanische Fliege“. — München, 19.30: Symphoniekonzert. — Frankfurt, 20: „Der Barbier von Bagdad“. — Wien, 20.15: Wiener Symphonieorchester. — Zürich, 20.30: Franz. Rezitationsabend.

Mitteln. Eben noch hat der Kritiker der „Bohemia“ die tschechischen Sozialdemokraten ob ihrer unsozialistischen Politik angegriffen sich berechtigt gefühlt; eben noch hat er das „Befremden“ erwähnt, das die Haltung der tschechischen Genossen „in internationalen sozialistischen Kreisen“ hervorrief, ja eben noch hat er die tschechischen Sozialdemokraten vorwurfsvoll daran erinnert, „daß die Sozialisten der klassischen Aera, unbekümmert um herrschende Strömungen, stets grundsätzlichen Erwägungen gefolgt sind“. Und dennoch nennt er gleich darauf die grundsätzliche Erwägung der deutschen Sozialdemokratie von der auf die Dauer durch nichts zu verbindenden Einheitsfront des Proletariats — eine „abgenutzte Rhetorik“. Das Bürgerum möchte eben aus der „Klassischen Aera“ des Sozialismus nur das in der Praxis von heute sehen, was ihm gerade paßt; also beispielsweise Abrücken der tschechischen Sozialdemokraten von der internationalen Sozialdemokratie mit dem formalen Bürgerum; statt der Harmonie zwischen Tomasek und Hajn, Harmonie etwa zwischen Dr. Cizek und Zichlich oder Kurisch oder Mayer...

Die Staatsangestelltengehele.

Die Fachkommission des Innenministeriums, die mit der Ausarbeitung der Staatsangestelltenbezugsvorlage betraut war, beendet ihre Arbeiten. Der Text der Vorlage wurde für streng vertraulich erklärt, ja, der Ministerpräsident soll es sogar abgelehnt haben, die Vorlage den Gewerkschaftsorganisationen der Koalitionsparteien zu übergeben — und plötzlich erschien sie gestern in der „Bohemia“. Es ist dies gemäß ein ganz erstaunlicher Vorgang, der sich auch bereits in der tschechischen Nachmittagspresse wieder spiegelt. Die Aufregung der tschechischen Koalitionspresse ist aber nicht berechtigt, weil es gerade die Regierungspresse war, die diese Methoden einführte; wir wollen nur daran erinnern, daß z. B. das deutschgeschriebene Regierungsorgan den Inhalt gewisser Gesetzesentwürfe in der Regel schon vor ihrer Vorlegung im Hause veröffentlicht. Es ist daher begreiflich, daß das Beispiel der Regierungspresse Nachahmung findet.

Die Vorlage, die das Bezugssystem der Staatsangestellten regeln soll, entspricht nicht den Erwartungen der Staatsangestellten und bedeutet keinen Rud nach vorwärts. Es ist nur zu hoffen, daß die Vorlage in dieser Form nicht Gesetz wird und es wird sich gerade an dieser Vorlage zeigen müssen, ob das neue Parlament eine bloße Abstimmungsmaschine ist, wie es das alte selber war.

Der Krach der Moravsko-Slezka Bank.

Brünn, 14. Jänner. In der morgigen Verhandlung des bereits einmahl Monate dauernden Prozesses gegen die Direktoren und Beamten der verfallenen Moravsko-Slezka Bank beginnen die Plaidoyers. Das Urteil wird frühestens Ende nächster Woche erwartet.

Kauferei unter den Troppauer Merikalen.

„Duch Casu“ meldet: „Troppau ist reich an unappetitlichen Ereignissen und Kaufereien, die die Merikalen unter sich austragen. Unser Berichterstatter sendet uns nun einen Bericht über eine Mittwoch abgehaltene Versammlung dieser Herren. Wir wußten, daß sich die Merikalen bereits vor den Wahlen darum gestritten, daß Nypar nicht mehr kandidieren soll. Es kam aber ein Befehl von oben, und die Streitereien mußten aufhören. Da es ihnen nun nicht gelungen ist den Nypar bei den Wahlen zu Fall zu bringen, so bereiteten sie ihm nun Mittwoch eine Blamage vor. Es wurde eine Bezirksversammlung in das „Libov dum“ in Troppau einberufen. Nypar ahnte wahrscheinlich, worum es sich handeln wird und berief eine Truppenversammlung ein, die für eine Stunde früher und in demselben Lokale abgehalten werden sollte, um die angekündigte Bezirksversammlung hintanzuhalten. Es geschah aber, was Nypar nicht erwartete, nämlich: Nypar erschien zu dieser Versammlung, doch die Mitglieder blieben aus. Er wartete aber weiter und konnte es auch erwarten, daß um viertel elf Uhr vormittags Delegierte der Bezirksführung erschienen, zu denen Nypar eine Rede hielt. Die Delegierten riefen ihm jedoch zu: „Sie wollen ein Volksparteiler, ein katholischer Abgeordneter sein?“ Als sich nun der Saal füllte und die Versammlungsteilnehmer ruhig zu werden begannen, mußte Nypar seine Ansprache schließen. Das Wort wurde dem Abg. Cufil erteilt, der über eine Stunde sprach. Die Delegierten applaudierten lebhaft und gaben so-

Die Internationale des Hakenkreuzes.

Ein enges Band um die ungarischen Rassenhüter und Banknotenfälscher, um Ullain und Eckhardt, um Hitler und um die deutschen Nationalsozialisten.

Wir haben dessen schon Erwähnung getan, daß der nationalsozialistische „Tag“ von der ungarischen Geldfälscherei nicht viel Aufhebens macht, und, soweit er sich äußert, seine Sympathien für das unterschiedliche Gesicht um Dorthy nicht einmal zu verbergen trachtet. Dies wurde ganz besonders erst dann verständlich, als man erfuhr, daß die Rassenhüter und „Erwachenden Ungarn“, Gömbös, Ullain, Tibor von Eckhardt, gleichfalls schwer in den Budapest Standal verwickelt sind. Denn da erinnert man sich nicht nur der symptomatischen Tatsache, daß der Tibor von Eckhardt als Mitarbeiter des „Tag“ bei den Nationalsozialisten in hoher Gunst steht, sondern es kam einem auch wieder zum vollen Bewußtsein, daß die ungarischen Rassenhüter und die deutschen Hakenkreuzler aufs engste verbrüderet sind, daß seinerzeit die „Erwachenden Ungarn“ offen erklärten, sie wollen sich „in die deutsche Bewegung (Hitlers und Ludendorffs) einschalten“ und daß „die Kräftigung des deutschen Nationalismus auch die Kräftigung des nationalen Gedankens in Ungarn bedeute“.

Diese klassische Feststellung von der internationalen Verbundenheit der faschistisch-reaktionären Gewalten stammt aus der Zeit des Münchener Novemberputsches vom 9. November 1923, zu welcher Zeit auch alle Vorbereitungen getroffen waren, zugleich auch in Budapest einen faschistischen Umsturz herbeizuführen, und zwar mit Hilfe der bairischen Hitlergardien. Es erscheint uns nützlich, wenn wir jetzt, wo die ungarischen Umstürzler von 1923, vor allem Herr Ullain, auch mit den ungarischen Staatsfeinden von heute sich eng verbunden erweisen, und da diesmal wieder die deutschen Nationalsozialisten den verunglückten Putschern aus dem Lager der Horthybanditen die Mauer machen, jenes Dokument der Vergessenheit zu entreißen, das am 8. November 1923 nach der Verhaftung Ullains und Komplizen in Budapest amtlich verlautbart wurde. Das Dokument lautet:

„Schon seit geraumer Zeit war die Polizeibehörde in Kenntnis gesetzt von einer Aktion, die den Zweck gehabt hätte, das gegenwärtige Regierungssystem in Ungarn mit Vernichtung bairischer irregulärer Truppen auf gewalttätige Art zu beiseitigen und eine neue Regierung einzuführen.“

Der Nationalversammlung Abgeordnete

mit ihre Zustimmung zu den Ausführungen des Redners. Es sprachen noch der Parteisekretär und P. Hrubý. Als sich daraufhin Nypar zum Worte meldete, wurde darüber abgestimmt, ob ihm das Wort erteilt werden soll. Das Resultat war für Nypar niederschmetternd. Sechzig Stimmen waren gegen drei Stimmen dafür, daß Nypar spricht. Nypar wurde rot wie ein Truthahn und die Merikalen Vertrauensmänner lachten aus vollem Halse. Die glorreiche Tätigkeit des Herrn Abg. Nypar fand ihr weniger glereiches Ende. Kann es eine größere Blamage für einen Abgeordneten geben, als daß sich die eigenen Wähler wünschen, daß der Abgeordnete nicht sprechen soll?

Die Interpellation über Ungarn. Was die Interpellation in Angelegenheit der ungarischen Geldfälscher anlangt, herrscht, wie „Lib. Nov.“ berichtet, in der Koalition keine Einigkeit. Es sei zutage getreten, daß die Sozialdemokraten sich zu den Beschluß gefaßt hätten, eine solche Interpellation zu überreichen, wogegen sich jedoch die anderen Parteien ausgesprochen hätten. Nun scheint es als sicher, daß die Koalition eine gemeinschaftliche Interpellation überreichen werde oder gar keine. Die zweite Möglichkeit sei der Wahrheit am ähnlichsten.

Eine Bischofskonferenz. Wie die tschechisch-merikale Presse meldet, hat das erzbischöfliche Sekretariat in Prag angezeigt, daß in Prag am 19. und 20. Jänner Bischofskonferenzen abgehalten werden. An diesen Konferenzen werden sämtliche Bischöfe der Republik teilnehmen. Die Konferenzen werden sich angeblich neben den kirchlichen Fragen auch mit der Regulierung des theologischen Studiums befassen.

Eine tschechische Kritik der tschechischen Schulpolitik! Die Zeitschrift „Var“, eine vom Professor J. Sedláčik herausgegebene fortschrittliche Revue, bringt folgende Notiz:

„Unser Minderheitenschulwesen. Ueber diesen Gegenstand liegen sich wunderbare Geschichten schreiben. Fortläufig einige Bemerkungen, bezw. ein Vorfal von vielen. Im Znaimer Lande gibt es eine Gemeinde, ganz deutsch, wo ein einziger Tscheche ist. Es ist das der Eigentümer eines Restgutes, dem das Gut unter der Bedingung zugewiesen wurde, daß er nur tschechische Arbeiter beschäftigen wird. In der Gemeinde wurde dann auch eine Minderheitenschule errichtet, die — drei Schüler hat. Dafür wird die Miete für ein landwirtschaftliches Gebäude, das als Schule dient, die Wohnung für den Lehrer, die Schuldinerin, die die Klasse reinigt und heizt, und auch der Lehrer bezahlt, der hierher von einer Bürgerschule, wo er auschüßsweise unterrichtet, zugeteilt wurde. Das ist ein Beispiel unserer Minderheiten, „Politik“. Es handelt sich aber nicht nur um Gemeindeschulen. Es stünde dafür, das tschechische Gymnasium in Sulstschin eingehend zu beleuchten. Auch dieses

Franz Ullain, von dem die Polizei in Erfahrung gebracht hatte, daß er am 6. d. M. nach München reisen und den Entwurf des auf die obige bewaffnete Hilfe bezüglichen schriftlichen Abkommens mit sich führen würde, wurde auf dem Eisenbahnzuge einer Leibesvisitation unterzogen, und die fraglichen Schriftstücke wurden bei ihm gefunden.

Der Entwurf des detaillierten Abkommens war ungarischerseits von Bela Szemere und Titus Bobusa im Namen des „Ungarischen Völkisch-Nationalen Aktionsausschusses“ unterzeichnet. Die andere Vertragspartei wäre der „Bayerische Völkisch-Nationale Aktionsausschuss“ gewesen, dessen Unterschriften selbstverständlich noch fehlen, da ja Ullain die Schriftstücke eben zwecks Erwerbung der bairischen Zustimmung nach Bayern schaffen wollte.

Das Abkommen enthält im einzelnen Bestimmungen darüber, daß die genannte bairische außeramtliche Organisation militärische Truppen und Offiziere für die ungarische Bewegung zur Verfügung zu stellen hatte, mit dem Zwecke, vornehmlich Ende November eine Regierung in Ungarn zu errichten, wie „die Vertragsparteien sie als einzig zweckmäßig erachteten“.

Ueber die solcherart zur Verfügung gestellten Truppen wäre im Sinne des Vertrages das ausschließliche Verfügungsrecht den ungarischen Führern zugestanden, die als Gegenwert die Versorgung Bayerns mit Lebensmitteln übernahmen.

Aus obigem erhellt mit aller Klarheit, daß die Genannten mit Hilfe von fremden bewaffneten Truppen einen Aufbruch im Lande zu stiften wünschten und die einschlägigen Vorbereitungs-handlungen bereits vollzogen hatten. Aus diesem Grunde mußten Franz Ullain, Bela Szemere und Titus Bobusa in Gewahrsam genommen werden.“

Der Münchener wie der Budapest Putsch (durch den die ja ohnehin tolle Ordnungsbefestigung in Ungarn sich in einem kaum vorstellbaren Blutbad vollends ausgetobt hätte) sind gescheitert. Die damals geknüpften Beziehungen aber zwischen den „Erwachenden Ungarn“ und den reichsdeutschen wie auch den sudetendeutschen Hakenkreuzlern blieben aufrecht. Das rassenhüterische magharische Verbrecherpad findet heute noch gerade so wie ehemals Sympathien bei den Gesellen vom Hakenkreuz diesseits und jenseits der Grenze.

Gymnasium hat nicht genug Schüler heimischen Ursprungs und sie müssen deshalb auf jede Art, insbesondere durch Stipendien angelockt werden. Hier gibt es keinen Schüler, der nicht genügend würde. Auch die Professoren müssen natürlich darauf Rücksicht nehmen und dürfen den Schülern nicht vom Besuche des Gymnasiums abraten. Was das insbesondere bezüglich der Qualifikation bedeutet, läßt sich leicht ausdenken. Das ist wieder unsere Minderheiten, „Prestitivpolitik“. Wie aber schaut dieses „Prestitiv“ aus? Ist eine solche Anstalt, die derartig künstlich am Leben erhalten werden muß, als ist nicht die einzige, nicht alles andere als etwas, dessen sich der Staat vor der heimischen Bevölkerung zu rühmen hätte? Und jetzt sehen wir dagegen, wie bei uns die Klassen häufig überfüllt sind, wie dort bis 60 Schüler vorhanden sind, oder bilden wir in die Slowakei, wo Schulen sind, in denen überhaupt nicht unterrichtet wird, und Gemeinden, deren Kinder überhaupt in keine Schulen gehen, und wir begreifen, daß es hoch an der Zeit ist, daß bei uns im Schulwesen eine gründliche und grundsätzliche Umkehr von einer derartigen falschen Politik zu einer tatsächlichen ehrlichen Kulturarbeit eintrete.“

Dieser Äußerung von tschechischer Seite ist nichts hinzuzufügen.

Ausland.

Auch in Amerika kommunistischer Garniturwechsel. Der General und ehemalige Präsidentschaftskandidat der amerikanischen Kommunisten, William Foster, ist laut Nachrichten des Internationalen Arbeiterpresbiedienstes abgesetzt worden. An der Spitze der Exekutiv der Arbeiterpartei, deren Minderheit die mehrheitliche Gruppe Fosters verdrängt und jedenfalls ein besseres Rezept für die Herbeiführung der Revolution in Amerika gefunden hat, steht nun ein gewisser B. Green, der vor einigen Monaten mit einer Jauberformel Einwohnern in Amerika eintraf und die Arbeiterpartei im Sturm eroberte. Die kommunistische Garniturwechsel-Epidemie reicht also über den Ozean. Der Umsturz vollzog sich nach bewährtem Muster, indem Green den Auftrag erhielt, den Konflikt in der Exekutiv zu „liquidieren“. In diesem Sinne wurde eine Parteikommission ernannt, in der die Majorität (Foster) und die Minorität (Ruhensburg) vertreten waren. Green verfügte, daß die Minorität der Linie der Komintern näher sei und damit war Foster gerichtet. Dieser wird nun wahrscheinlich mit seiner Majorität selbst einen Laden aufmachen und seine speziell auf die Bearbeitung der Gewerkschaften gerichteten Anstrengungen fortsetzen, es sei denn, daß durch die Niederlage Zinowjew in Russland seine „Linie“ nach einigen Arminungen wieder als die richtige anerkannt wird.

Das Grubenunglück in Oklahoma.

Die 93 Verschütteten — tot.

Wilburton, 14. Jänner. (Oklahoma.) (Reuter.) Es besteht keine Hoffnung mehr, daß die 93 verschütteten Bergleute noch am Leben sind. Bis Mitternacht wurden 65 Leichen aus der Grube befördert.

Tages-Neuigkeiten.

Religion ist Privatange.

Der Artikel des Genossen Jaskch, der unter obigem Titel in unseren Blättern am 3. Jänner d. J. veröffentlicht war, hat die Kommunisten fast ganz aus der Fassung gebracht. Es vergeht fast kein Tag, in dem nicht der „Vorwärts“ und die „Internationale“ dazu in irgendeiner Form Stellung nehmen. In der „Internationale“ vom 8. erschien sogar ein spaltenlanges Gedicht (von Schmieds), das sich ebenfalls mit dem Thema befaßte. Durch ein Versehen des Setzlehrers ist der Schluss des Gedichtes weggelassen worden, weshalb wir ihn nachstehend folgen lassen:

Anders aber ist es schon auch für uns als Kommunisten, die wir Feind der Religion und womit wir stets uns brüsten, unten in der Slowakei. Dort macht über religiöse Dinge unsere Partei etwas weniger Getöse.

Dort zum Beispiel es passiert, wenn Besammlungen wir halten, daß die Hörer ungeniert zum Gebet die Hände fassen, daß beim Kirchenglockenschall uns're Redner, wenn sie sprechen, den gewaltigen Redeschwall auf Minuten unterbrechen, um das gläubige Gefühl der Slowaken nicht zu verletzen. Da läßt Religion uns läßt und wir tun uns gar nicht freizeigen, wenn sogar der Referent in Gott Vaters heiligem Namen seine Rede schließt am End: „Wählet kommunistisch! Amen.“

Wir sind Feind der Religion und wir schwör'n ihr täglich Rache, aber manchmal ist sie schon auch bei uns private Sache!

„Wählet kommunistisch! Amen.“

Wir sind Feind der Religion

und wir schwör'n ihr täglich Rache,

aber manchmal ist sie schon

auch bei uns private Sache!

Im Glend gestorben.

Obwohl er oreimal die Bank von Monte Carlo gesprengt hat.

In Armut ist, nach einem Bericht von Europapress, in London „Lucky“ Bower, gestorben, der sich seinerzeit einen gewissen Welttruhm dadurch erwarb, daß er an einem einzigen Abend dreimal die Bank von Monte Carlo sprengte. Arthur Bower war der Sohn eines englischen Generals und diente im

chinesischen Kriege als Hauptmann. Mit einem wahren Spielereinstinkt gewann und verlor er Vermögen. Sein berühmtester Streich war die erwähnte Nacht in Monte Carlo, wo er um 1 Uhr morgens sich mit 135.000 Dollar zum Spiele niedersetzte und beim Morgengrauen mit 1.215.000 Dollar davonging. Nach seiner eigenen Behauptung besaß er ein „Spellsystem“, an dem er 30 Jahre lang gearbeitet haben wollte. Mit diesem System macht er in Monte Carlo die Probe. Während des Spieles am Nachmittag gewann er 150.000 Dollar. Am Abend begann er mit Verlust, doch bald wandte sich das Glück, so daß er dreimal die Bank sprengte. Nunmehr ließ er sich in Paris nieder, wo er das Geld mit vollem Händen hinauswarf, bis sein Vermögen völlig zusammengesmolzen war. Er war dann eine bekannte Figur auf den Spielplätzen Europas, doch erwies sich sein „System“ anscheinend später nicht mehr als so gewundringend wie in Monte Carlo. Nach einer Reise nach Nordafrika heiratete er schließlich eine reiche englische Erbin und ließ sich mit ihr im Londoner Westend nieder. Aber auch diesmal raun ihm das Geld — das seiner Frau — durch die Finger, was allerdings bei seinen Extravaganzen nicht weiter verwunderlich war.

Da er arbeiten nie gelernt hatte, ist er jetzt elend zugrunde gegangen.

„Der Slowak, der Slowak, radert sich den ganzen Tag!“ Im alten Österreich gab es eine Schlageroperette, in der die Kastelbinderbuben eine Hauptrolle spielten. Diese Operette war das Lehrlingsfabrikat „Der Kastelbinder“, und die Urvater dieser Operette begann mit dem Schlager „Der Slowak, der Slowak, radert sich den ganzen Tag, hat zum Schluß nichts im Sack, nichts im Sack“. Die weitere Entwicklung dieser Operette dürfte den meisten bekannt sein. Kastelbinderjungen ziehen mit ihren Mäusenfallen in die Hauptstadt Wien, versuchen hier ihr Glück und einer heiratet die Tochter eines Klempnermeisters und wird ein echter „Beamer“. Diese Operette hat seinerzeit dem Publikum sehr gefallen und es hat natürlich nicht weiter darüber nachgedacht, daß hier ernste, tragödienartige Volksprobleme der Slowakei in Form einer Operette mißbraucht und ins Lächerliche gezogen wurden. Der Refrain des Liedes „Der Slowak, der Slowak...“ kommt einem heute unwillkürlich in den Sinn, wenn man in den Prager Straßen die vielen jungen Kastelbinder, die slowakische Jugend, trifft, wie sie, erfroren, verhungert, bettelnd an den Straßenecken stehen. Durch den Umsturz wurde Prag das Zentrum und Ziel für die slowakische Trachtbinder-Volkswanderung. Das Problem wäre wirklich schon zu lösen gewesen. Der tschechische Staat, der sofort nach dem Umsturz alle Stellen in den Ämtern der Slowakei mit tschechischen Beamten besetzt hat, hätte wahrlich im achten Jahre der Republik Zeit genug besessen, hier einen Wandel zu schaffen. Die slowakische Jugend geht durch den Bettel in den Straßen der Großstadt vollkommen moralisch zugrunde, Kinder, die längst noch auf die Schulbank gehören, werden hier zur Arbeitslosen und zum Bettel herangebildet. Die Polizei schafft sofort jeden Sträflingskandidaten ab, der nicht ein Händler ist, nämlich Zündhölzchen verkauft; an den bettelnden Kindern geht sie vorüber. Die Jugendfürsorge scheint in Prag bloß für Kinder tschechischer Wänter zu amtieren. Und wie viel haben die Tschechen über die Not ihrer slowakischen Brüder schon geschrien! Herr Kromar hielt knapp vor der Parlamentsauflösung eine große Rede über die große Interessengemeinschaft der Slowaken und Tschechen, und jetzt, gerade jetzt, prangt ein großes Plakat seiner Partei an den Prager Straßenecken, das die nationaldemokratische launische Jugend zu einem Klatsch auf den Weinbergen einladet. Gerade vor so einem Plakate, vor der Anführung, daß eine Dame für die Eintrittskarte 30 K, die Herren „Madame“ 5 K bezahlen, stand gestern eine Reihe armer, kaum der Schule entwachsener slowakischer Kinder und bettelte. Wie wäre, wenn die Herren diese Kinder auf den Ball laden würden? Es wäre das ein Ball in Original-Volltracht! Zum Schluß könnte gefungen werden: „Der Slowak, der Slowak, radert sich den ganzen Tag, hat zum Schluß nichts im Sack, nichts im Sack!“

Die Moublieten haben jetzt auf allen Linien Pech. In Berlin stand eine diebische Gräfin vor Gericht, in Ungarn schließlich leisteten sich die Moublieten den größten Skandal der Weltgeschichte. Damit auch die inländischen „Adeligen“ nicht zurückbleiben, gibt es jetzt in Karpatenland ein nettes Skandalchen: In Homonon wurde der gewesene Graf Emerich Andrássy verhaftet und in das Kaschauer Strafgericht eingebracht. Der Anzeige seines Stallmeisters zufolge soll er 1924 seinem Diener Michael Gaziich den Befehl gegeben haben, das Gut Belete, wo tschechisches Militär einquartiert war, anzuzünden, um auf diese Weise die unbedequate Garnison loszuwerden. Der Brand sei auch tatsächlich gelegt und mit Mühe gelöscht worden; die Versicherungsgesellschaft habe auch den Schaden bezahlt. Der Verhaftete ist der Sohn des verstorbenen ungarischen Magnaten und ungarischen Reichstagsabgeordneten Dr. Alexander Andrássy und der Gräfin Maria Esterházy, gehört also zu den Edelsten der ungarischen Nation.

Woju Geld da ist. Das amtliche „Prager Abendblatt“ meldet: „Bekanntlich soll die ehemalige St. Clara-Kirche in Eger zu einer würdigen Gedenkstätte für die im Weltkrieg gefallenen Söhne des Landes ausgestellt werden. Der Aufwand hierfür wurde aus privaten Mitteln im Wege von Sammlungen bestritten. Nun hat auch das Ministerium für

Arbeiterlöhne im Bezirke Teplic-Schönan.

Tausende Familien mit schlechterer Lebenshaltung als die Sträflinge.

In der Tschechoslowakei besteht bis nun nur für die beim Bergbau beschäftigten Arbeiter eine amtliche Lohnstatistik. Daß diese gegen den hartnäckigsten Widerstand der Bergbesitzer eingeführt wurde, sei nur so nebenher erwähnt. Dagegen haben wir es bisher zu einer amtlichen Lohnstatistik für die gewerblichen und industriellen Arbeiter nicht gebracht. Zwar hat die Regierung sehr viel Geld übrig für allerlei zwecklose und überflüssige Dinge; sie hat jedoch kein Geld zur Erstellung einer allgemeinen Lohn- und Produktionsstatistik. Bei dieser Sachlage kann man naturgemäß nur auf Umwegen einen Einblick in die Lohnverhältnisse der Arbeiter bekommen. Auf einem solchen Umwege haben wir auch die Löhne der Arbeiter im politischen Bezirke Teplic-Schönan ermittelt. Dieser Umweg ist die Teplicer Bezirkskrankenkasse.

Bevor wir die Löhne der Arbeiter in diesem Bezirke darstellen, wollen wir aber zunächst mit einigen Worten erläutern, auf welche Art und Weise wir die korrespondierenden Lohnziffern errechnet haben.

Bei der Bezirkskrankenkasse in Teplic geschieht, wie bei allen anderen Krankenkassen, die Einreichung in die Lohnklassen zum Zwecke der Krankenversicherung in der Weise, daß der von jedem Arbeiter erzielte Wochenverdienst durch

Jahr	Anzahl der Versicherten	Absolute Lohnsumme	Jahresverdienst eines Versicherten	Tagesverdienst eines Arbeiters
1923	24.341	164.567.614	67.60.92	22.54
1924	28.133	189.934.119	67.50.81	22.50
1925	29.139	197.643.240	67.82.77	22.69

In dem Geschäftsberichte der Arbeiter-Unfallversicherungsanstalt für Böhmen für das Jahr 1914 wird berichtet, daß in diesem Jahre der Tagesverdienst eines Arbeiters im Teplicer Bezirke 3.41 K betrug. Demnach ist gegen das Jahr 1914 der Lohn gestiegen: im Jahre 1923 um das 6.61fache, im Jahre 1924 um das 6.60fache und

Lohnklasse	1923	1924	1925	1923	1924	1925	Tagelohn in K
	Anzahl der Versicherten absolut			in Prozenten			
I.	1154	1321	1417	4.74	4.69	4.86	2.33
II.	450	452	459	1.84	1.60	1.57	4.67
III.	1054	1452	1427	4.33	5.19	4.89	7.—
IV.	3387	3945	3601	13.92	14.02	12.36	10.50
V.	2942	3469	3839	12.09	12.33	13.17	12.—
VI.	2565	2969	3312	10.54	10.55	11.37	17.50
VII.	1991	2356	2601	8.18	8.37	8.92	21.—
VIII.	1722	2054	2063	7.08	7.30	7.08	24.50
IX.	1427	1727	1704	5.86	6.14	5.85	28.—
X.	1223	1474	1500	5.02	5.24	5.15	31.50
XI.	1428	1641	1616	5.87	5.83	5.55	35.—
XII.	1129	1134	1300	4.64	4.03	4.46	38.50
XIII.	3869	4139	4300	15.89	14.71	14.77	42.—
	24341	28133	29139	100.—	100.—	100.—	

Siebzehnde kostet im Jahre 1924 die Bewachung und Verpflegung eines Sträflings K 26.49 täglich. Davon entfielen auf Beköstigung und Bekleidung K 5.93. Es ist wohl allgemein bekannt, daß Sträflinge auf sehr schmale Kost gesetzt sind. Deshalb ist es furchtbar und aufreißend zugleich feststellen zu müssen, daß es tausende Familien gibt, die sich nicht einmal jene Speisefarte leisten können, die man zur primitiven Erhaltung eines Sträflings als unerlässlich hält. Das ist beileibe keine Übertreibung, denn das Einkommen einer vierköpfigen Familie muß K 124.73 wöchentlich betragen, wenn sie mit der Beköstigung und Bekleidung eines Sträflings das Aus-

sehen und Vollkultur den namhaften Betrag von 108.000 K für die Erhaltung der historischen Baulichkeit aus den Krediten der staatlichen Denkmalspflege bewilligt. Diese staatliche Beihilfe, die zu Händen des Egerer Stadtrates gehen wird, soll in Teilbeträgen von je 36.000 K ausbezahlt werden. An die Auszahlung der Subvention ist die Bedingung geknüpft, daß die Arbeiten in ihrem Einvernehmen mit dem Staatsdenkmalamt für Böhmen durchgeführt werden und daß ferner von der Laifache der erteilten Subvention in passender Weise am Denkmal selbst Mitteilung gemacht wird. Dieses Entgegenkommen des Staatsdenkmalamtes in Prag wird es nunmehr ermöglichen, die Arbeiten an der Gedächtnisstätte baldigen Ende zuzuführen. — Wie hat es doch beim Abbau geheißen: Der Staat muß sparen! Man sieht, er tut es...

91 Grenzbezirke für den Kartoffelverkehr gesperrt. Das Ackerbauministerium hat in Uebereinstimmung mit dem Handelsministerium 91 Grenzbezirke als gesperrtes Gebiet erklärt und für zehn Jahre die Ausfuhr von Kartoffeln und deren Abfällen in das nichtgesperrte Gebiet verboten. Diese Maßnahme, die dem Ministerat zur Genehmigung unterbreitet wurde, begründet das Ackerbauministerium damit, daß den Nachrichten des reichsdeutschen biologischen Institutes in Dablen zufolge der Kartoffelkrebs in Deutschland sehr verbreitet ist, an vielen Orten auch in unmittelbarer Nähe tschechoslowakischen Gebietes.

Wenn der Stadtklatsch grassiert... Unkündig wurde bei einem Martel außerhalb der Stadt Eger ein Mann beobachtet, wie er dort heimlich etwas vergrub. Die Sache sprach sich in der Stadt solange herum, bis daraus ein Kindesmord wurde, die Polizei Nachforschungen einleitete und die vermeintliche Kindesleiche ausgrub. Statt der Kindesleiche kam aber der enthäu-

elten Tage geteilt wird. Teilt man also den der Versicherung unterstellten Wochenlohn durch sechs Tage, so erhält man den tatsächlichen Tagesverdienst eines Arbeiters. Der 30fache Tagesverdienst ergibt hierauf den Jahreslohn eines Vollarbeiters.

Was nun die Erreichung des Lohnes anlangt, sind wir wie folgt vorgegangen: zunächst haben wir den tatsächlichen Jahresverdienst der Arbeiter der einzelnen Lohnklassen mit der Anzahl der Arbeiter der betreffenden Lohnklasse multipliziert und hierauf das Produkt der 13 Lohnklassen addiert. Dieses Ergebnis entspricht der absoluten Lohnsumme, die der Versicherung bei der Krankenkasse unterworfen ist. In dieser Lohnsumme sind die Tagesverdienste bis zu 42 K erfasst. Wie groß die Zahl der Arbeiter ist, die mehr als 42 K täglich ins Verdienen bringt, dafür fehlen allerdings genaue Angaben. Wir nehmen aber an, daß die Hälfte der in der 13. Lohnklasse versicherten Arbeiter 43 bis 50 K täglich erzielt. Es ist immerhin sehr fraglich, ob unsere Annahme voll zutrifft. Die tatsächliche Lohnsumme haben wir noch der von der Versicherung erfassten Lohnsumme hinzugezählt.

Nunmehr folgt die Aufstellung, die wir auf Grund des geschilderten Vorganges gewonnen haben. Sie ist so:

Jahr	Anzahl der Versicherten	Absolute Lohnsumme	Jahresverdienst eines Versicherten	Tagesverdienst eines Arbeiters
1923	24.341	164.567.614	67.60.92	22.54
1924	28.133	189.934.119	67.50.81	22.50
1925	29.139	197.643.240	67.82.77	22.69

im Jahre 1925 um das 6.65fache. Es besteht somit die Tatsache, daß der Reallohn um ungefähr ein Viertel niedriger ist als im Jahre 1914.

Schließlich informiert die nachfolgende Aufstellung über die in den einzelnen Lohnklassen befindliche Anzahl der Versicherten und deren Tagesverdienst:

Lohnklasse	1923	1924	1925	1923	1924	1925	Tagelohn in K
	Anzahl der Versicherten absolut			in Prozenten			
I.	1154	1321	1417	4.74	4.69	4.86	2.33
II.	450	452	459	1.84	1.60	1.57	4.67
III.	1054	1452	1427	4.33	5.19	4.89	7.—
IV.	3387	3945	3601	13.92	14.02	12.36	10.50
V.	2942	3469	3839	12.09	12.33	13.17	12.—
VI.	2565	2969	3312	10.54	10.55	11.37	17.50
VII.	1991	2356	2601	8.18	8.37	8.92	21.—
VIII.	1722	2054	2063	7.08	7.30	7.08	24.50
IX.	1427	1727	1704	5.86	6.14	5.85	28.—
X.	1223	1474	1500	5.02	5.24	5.15	31.50
XI.	1428	1641	1616	5.87	5.83	5.55	35.—
XII.	1129	1134	1300	4.64	4.03	4.46	38.50
XIII.	3869	4139	4300	15.89	14.71	14.77	42.—
	24341	28133	29139	100.—	100.—	100.—	

langen finden sollte. Dazu gefehlt sich noch für die ärmliche Wohnung die Miete, die man mit ungefähr 10 K veranschlagen kann. Demgegenüber erfährt man nun aus der obigen Zahlentafel, daß ungefähr drei Fünftel aller Arbeiter, die bei der Teplicer Bezirkskrankenkasse versichert sind, mit einem Wochenverdienst bis zu 126 K das Auslangen finden müssen. Und von diesem Wochenlohn bringt der Bauer Staat noch einige Prozente für Steuern in Abzug!

So sieht also die von der Regierung und von den Unternehmern ins Werk gesetzte Konsolidierung der Lebenshaltung der Arbeiter aus.

tete Kadaver eines Hundes zum Vorschein, den der Mann dort vergraben hatte.

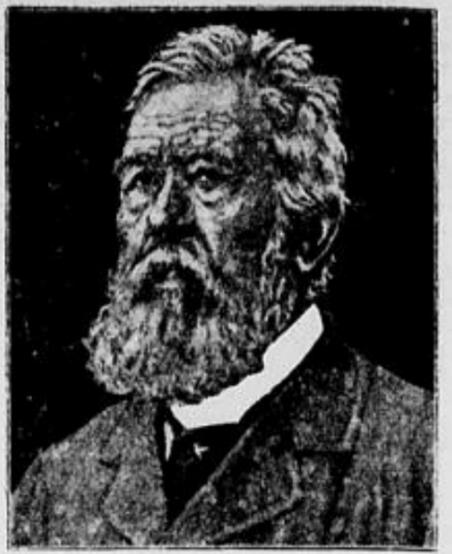
Mord oder Selbstmord? In Aropit bei Franzensbad wurde die Auszüglerin Margareta Dienner im Ortsteile ertrunken aufgefunden. Da kein Grund zu einem Selbstmord auffindbar ist, kann auch auf ein Verbrechen geschlossen werden.

Natürliche Bevölkerungsbewegung im September 1925. Nach der Nummer 128 der „Mitteilungen des statistischen Staatsamtes“ wurden im September 1925 in der Tschechoslowakischen Republik 29.887 Kinder (davon 633 tot) geboren und es starben 15.635 Personen. Der natürliche Bevölkerungszuwachs betrug 13.566 Personen. Ehen wurden 11.353 geschlossen. Dies bedeutet, im Tagesdurchschnitt ausgedrückt, daß durchschnittlich täglich 995 Kinder geboren wurden, 520 Personen starben und 378 Ehen geschlossen wurden.

Auf der Alm, da gibts la Sünd! Den „Kampf gegen die Unsitlichkeit“, die von den Großstädten in die oberbairischen Berge getragen wird, haben endlich die oberbairischen Trachtenverbände energig aufgenommen. Sie richten an den oberbairischen Landtag eine Eingabe, deren ungeschminkter Sprache sich die Volksvertreter nicht entziehen werden. In der Eingabe heißt es:

„Die Vereinigten Trachtenverbände des bairischen Oberlandes von Berchtesgaden bis Lindau richten an den bairischen Landtag die Bitte, dafür Sorge zu tragen, daß das unsittliche, unser Gebirgsvolk verderbende Betragen gewisser Kreise besonders in den Sommermonaten gesetzlich unterbunden wird. Betreu unserem Wählpruch: **Ehre und Tracht der Alten Wollen wir erhalten!** wollen wir es nicht länger mitansetzen, wie unsere Jugend durch das schlechte Beispiel, besonders

Bödlins 25. Todestag.



Am 16. Jänner sind 25 Jahre verfloßen, seit der berühmte Maler Arnold Bödlin in seiner Villa bei Florenz verstarb.

weiblicher Fremden nicht bloß verborgen, sondern auch geschlechtlich verkehrt wird, ohne daß das Geringste dagegen geschieht. Wir verabscheuen die modernen Tänze französischer und amerikanischer Herkunft als sittenverderbend und werden zur Selbsthilfe greifen, wenn es wahr ist, was das Staatsministerium des Innern auf die Bitte um Abstellung dieser tanzen den Gemeinheit anwortete, daß „für ein Verbot der modernen Tänze und anderer Zeiterscheinungen die gesetzliche Grundlage fehle“. — Bedauerlicherweise hat sich außer den bairischen Bischöfen und der protestantischen Kirchenbehörde bis heute niemand gefunden, die gegen die ausgeschämte Frauenmode ein Wort gesprochen hätte. Die Gebirgs-Trachtenvereine bitten den Landtag, ein Gesetz zu machen, daß jedes dieser ausgeschämten Frauenzimmer, sobald es durch seine angestrebte unsittliche Kleidung öffentliches Aergeris treibt, mit Gefängnis bestraft wird, denn es ist ein Verbrechen am Volk, seine sittliche Kraft so zu untergraben und die Jugend zu verderben. Warum geschieht nichts gegen das Gebaren dieser Sommerfräule an den bairischen Seen? Wir Gebirger gehören nicht zu der Sorte von Leuten, die an jedem Pfifferling Anstoß nehmen, aber es ist so weit gekommen, daß man mit Kindern an Sonntagen am Seeufer nicht mehr gehen kann, weil die Hurerei öffentlich betrieben wird. Fehlen da auch die gesetzlichen Grundlagen? Laut erheben wir unsere Stimme ohne politische und konfessionelle Nebenabsichten, getrieben von der Sorge um unser Volk und unseren Nachwuchs. Ihr Landtagsabgeordnete aller Parteien müßt dafür sorgen, daß unser Volk nicht fernauf wird. Wer als Volksvertreter gewählt ist, hat die Pflicht, für die moralische Gesundheit der Gebirgsbevölkerung einzutreten.“

Ob die Eingabe auch den oberbairischen Pfarrern und deren Köchinnen zugestellt wurde, ist leider nicht bekannt.

Nach bekanntem Muster. Die „Kodex Volkszeitung“ berichtet über die Ergebnisse der Volkszählung vom 30. September 1921, die das polnische statistische Amt herausgab, und die die Wertlosigkeit chauvinistischer Statistiken beweist. Die Volkszählung umfaßt 12 Städte und 265 Landgemeinden, zu denen 889 Dörfer gehören. Der Konfession nach gibt es 1.731.117 Katholiken, 171.189 Evangelische, 19.251 sonstige christlichen Glaubens und 326.973 Juden. Der Nationalität nach gibt es 1.873.629 Polen, 108.484 Deutsche und 270.434 Juden. In der Stadt Lodz selbst wohnen 451.972 Einwohner (241.842 Katholiken, 48.988 Evangelische, 1011 andere Christen, 156.155 Juden). Von ihnen bekannten sich der Nationalität nach als Polen 279.546, als Deutsche 31.698, als Juden 138.851. Im Landkreis Lodz bekennen sich von 109.632 Einwohnern 84.151 als Polen, 17.002 als Deutsche und 8370 als Juden. Die „Volkszeitung“ lenkt das Augenmerk auf einige auffällige Tatsachen: In Kuda Babianicka erhielten die Deutschen bei den Stadtwahlen 12 Stimm von 24, die „Volkszählung“ kennt aber nur 708 Deutsche unter 3127 Einwohnern. In Babianice vereinigen allein die Listen der deutschen Arbeitspartei Polens, also der Deutschen sozialdemokratischen Partei, mehr Stimmen auf sich als der Ort angeblich deutsche Einwohner hat. Dasselbe ist in Konstantynow und Alexandrow der Fall.

Starker Schneefall in Rom. In Rom fiel gestern von 1 Uhr nachts bis 7 Uhr früh Schnee, der auch den ganzen Tag über auf den Straßen und in den Gärten liegen blieb. Die Schneedecke betrug 5 bis 10 Zentimeter. Einen Schneefall in diesem Ausmaße hat Rom seit dem Jahre 1896 nicht erlebt. In Venedig betrug die Temperatur zwischen -1 Gr. und -9 Gr., Neapel, wo schon gestern reichlich Schnee gefallen war, hatte zwischen 3 und -3 Gr., Triest zwischen -6 Gr. bis -8 Gr. Auch in Florenz ist Schnee gefallen. In den Bergen von Apulien hat der Schnee die Höhe von 1 Meter erreicht.

Vorschläge zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Oesterreich.

Angesichts der ungeheuer zunehmenden Arbeitslosigkeit haben die Spitzenverbände der österreichischen Arbeiterorganisationen eine Denkschrift veröffentlicht, in welcher eine Anzahl von Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit vorgeschlagen werden. Was die allgemeine Wirtschaftspolitik anbelangt, so wird zur Hebung des Exportes die Abschließung von Handelsverträgen (in erster Linie mit Ungarn und Rußland), beziehungsweise deren Revision (mit Deutschland, der Tschechoslowakei und Polen) gefordert. Durch Kreditgewährung an die heimische Landwirtschaft soll deren Kaufkraft gestärkt werden. Auch durch Anagnahme öffentlicher Arbeiten soll der Industrie mehr Beschäftigung verschafft werden. Die Senkung des Zinsfußes und eine Konzentration der Banken wird empfohlen. Vor allem wichtig ist aber der Vorschlag, die Arbeitslosenfürsorge zu einer produktiven Ausgabe in der Weise umzugestalten, daß die Mittel der produktiven Erwerbslosenfürsorge nicht nur zur Durchführung öffentlicher Arbeiten verwendet werden, sondern auch der Privatindustrie zugute kommen, so nämlich, daß dem Unternehmer bei Neueinstellung von Arbeitskräften eine Beschäftigungsprämie in Höhe von drei Vierteln des Arbeitslosenunterstützungsbetrags für jeden neuereinstellenden Arbeiter gewährt wird. Durch eine solche Subventionierung, die in England schon einmal von Sir Alfred Mond vorgeschlagen wurde, und auch in Deutschland schon mehrfach diskutiert wurde, sollen die Produktionskosten gesenkt und die Preise erniedrigt und somit eine größere Absatzmöglichkeit geschaffen werden. Eine solche Produktionsverbilligung ermöglicht eher eine Exportsteigerung als ein Schutzzollsystem und vermeidet dessen Nachteile der Verzögerung des inländischen Preisniveaus. Nur zur Abwehr von Schleuderexporten, durch welche sich ausländische Konzerne die Hochschulplätze ihres Landes zunutze machen, und bei wertigen Waren soll Oesterreich seinerseits seine Pölle bis zu 150 Prozent des gegenwärtigen Zollfußes steigern, nur unter der Bedingung aber, daß gleichzeitig eine starke staatliche Kontrolle der Kartelle eingeführt werde, damit diese keinen Mißbrauch mit den Pöllen treiben. Der Aufwand für die Arbeitslosenfürsorge soll durch stärkere Heranziehung des Bundes gedeckt werden. Ferner wird in der Denkschrift die Weibehaltung des Mieterschutzes gefordert. Durch Hebung der öffentlichen Bauwirtschaft, durch Begünstigung neuer Industrien (eventuell auch mit Hilfe der produktiven Erwerbslosenfürsorge) usw. soll mehr Arbeiter Beschäftigung verschafft werden. Zur Entlastung des Arbeitsmarktes wird die Förderung der Auswanderung durch Verträge und durch geldliche Unterstützung der Auswanderer gefordert. Außerdem wird, angesichts der Massenarbeitslosigkeit jugendlicher Arbeiter — viele derselben können nämlich nach Beendigung ihrer Lehrzeit überhaupt keine Anstellung finden —, empfohlen, für die nächsten Jahre die Schulpflicht um ein Jahr, bis zur Vollendung des 15. Lebensjahres, zu verlängern, um auf diese Weise einen Jahrgang jugendlicher Arbeiter von der Bewerbung um Arbeitsstellen auszuschließen. Denn erst für die Jahre 1929 bis 1932, in denen sich der Geburtenausfall des Krieges auf dem Arbeitsmarkt auswirken wird, kann mit einem organischen Rückgang des Angebots jugendlicher Arbeitskräfte gerechnet werden.

Die Arbeitslosigkeit in der Metallindustrie.

Während nach den Angaben des staatlichen Amtes sich die Arbeitslosigkeit in den letzten Monaten auf gleicher Höhe bewegt, — das Amt gibt als Anzahl der Bewerber bei den Arbeitsvermittlungsgstellen, die keine Anstellung erhielten, in den letzten Monaten die Zahl von ungefähr 40.000 an —, berichtet der „Internationale Metallarbeiter“ (Romotau), daß seit Ende Oktober die Arbeitslosigkeit unter den Mitgliedern des internationalen Metallarbeiterverbandes rasch ange-

stiegen ist. Bis Ende Oktober der Stand der Unterstufungsfälle die Zahl von 681 auf, also im Monatsdurchschnitt rund 97, so ist in den letzten zwei Monaten die Zahl der Fälle auf 1523 hinaufgeschossen. Das sind also für die beiden letzten Monate um 842 Unterstufungsfälle mehr oder im Durchschnitt für die beiden Monate je 421 Fälle. Daraus kann man ersehen, wie wenig verlässlich die staatliche Arbeitslosenstatistik ist.

Literatur.

Urania-Monatshefte für Naturerkenntnis und Gesellschaftslehre, Urania-Verlags-Ges. m. b. H., Jena. Es ist gut, wenn wir uns von Zeit zu Zeit wieder einmal darüber klar werden, was das Wesen einer auf marxistischer Grundlage zu erstrebenden Volksbildung ausmacht. Genosse Dr. Ritter-Warnsdorf gibt im Jännerheft der „Urania“ darüber recht tiefgründige Ausführungen, die zugleich eine glänzende Rechtfertigung dieses „proletarischen Kosmos“ darstellen und für alle noch fernstehenden die dringliche Aufforderung in sich schließen, nicht länger zu zögern, regelmäßige Bezüge der Bildungszeitschrift zu werden. Aus dem reichen Inhalt des Heftes heben wir besonders hervor: „Mechanik im Tierkörper“ von Dr. Ing. Feldhaus, „Rasse Mensch“ von Weithaus, „Ein neuer Neandertalmenschen-Fund“ von dem be-

Turnen und Sport.

Der bürgerliche Amateur.

Amateur, in welcher Sportart immer, zu sein, hat in unserer „geschäftstüchtigen“ Zeit viel von seinem Nimbus verloren. Die, die den Sport nur aus ideellen Grundzügen betreiben, sind so verschwinnend klein, daß man sie wirklich mit der Laterne am hellen Tage suchen kann. Ein lehrreiches Beispiel bietet der Fußballsport, in dem in letzter Zeit viel darauf hingewirkt wird, endlich einmal reinen Tisch zu machen. Die Frühzeit des Fußballs kannte nur Amateure, die mit Leib und Seele ihn ausübten. Man dachte gar nicht daran, daß sich aus einer solchen Betätigung Geld „machen“ ließe. Die einzige Entschädigung war die Freude an einem Sieg und daß man fremde Städte oder Länder schauen konnte. Und wie oft hört man es noch heute: das war eine schöne Zeit. Vieles ist anders geworden. Aus einer idealen Sportbetätigung wurde eine finanzielle Angelegenheit. Selam man nicht das „Gewünschte“, so ließ man seinen Fuß bei der nächsten Gelegenheit einfach „schwimmen“, schaute seelenruhig zu, wie man sich eventuelle Niederlagen holte. Der Klub war auf einmal Nebensache, wenn nicht mehr der „Weizen“ blühte. Und so ist eine Zeit gekommen, in der man wohl nach außen hin Amateur ist, trotzdem aber immer eine offene Hand hat und auch findet. Der bürgerliche „Amateur“ feiert seine Blütezeit.

Alle bürgerlichen Sportvereine sind in einem Verband zusammengeschlossen, der streng im bürgerlichen Fahrwasser dahinjagt. Diese bürgerlichen Verbände üben nun die Macht über den Sport aus. Und aus diesen wieder heraus hat sich eine „Internationale“ gebildet, die Jisa, wie man sie kurz nennt. Und diese Jisa wieder diktiert, daß nur mit solchen Vereinen oder Verbänden Wettkämpfe abgeschlossen werden dürfen, die ihrerseits anerkannt worden sind. Das Privileg des Sportes befindet sich daher in rein bürgerlich kapitalistischen Händen. Diese „Internationale“, wie auch ihre einzelnen Verbände haben nun den Amateurlismus auf ihre Fahne geschrieben; wie sie ihn aber auslegen und umgehen, das ist eine andere Sache. Die Spieler erhalten „Zuwendungen“ aller Art, und das alles geschieht nur, um „konturrenzfähig“ bleiben zu können. Schon der Fifa-Kongreß 1925 in Prag gab ein schönes Bild, wie man sich bürgerlichseits den Amateurlismus vorstellt. Einige Verbände meinen es zwar ehrlich und wollen nur reine Amateure kennen, aber der Großteil seilt sich und setzt es auch durch, daß man einem Amateur auch „Entschädigungen“ gewähren darf. Daß dadurch der Amateurlismus eine Verwässerung erfährt, darüber machte

kannten Paläontologen Prof. Dr. Dshenio Abel. Im Beiblatt „Der Leib“ beginnt der Mitarbeiter unseres Blatte, Gen. Julius Löwy (Prag) mit der lockenden Überschrift „Das Wunder der Liebe“ eine fesselnde und für jedermann verständliche Schilderung der Wirkungsweise der Pubertätsdrüsen. Eine Anleitung zum Lesen tierischer Fährten von Paul Balthar, praktische Ratsschläge fürs Mikroskopieren im auffallenden Lichte von W. Reuscher, Experimentierede, Liebheigabe und interessante Notizen vervollständigen den unterhaltfam belehrenden Inhalt.

Kunst und Wissen.

Spielplan des Neuen Deutschen Theaters. Heute Freitag Gastsp. Kramer „Teresina“, Samstag nachm. Urania-Vorstellung „Der Ruh“, abends „Der Gatte des Fräuleins“, Sonntag 11 Uhr Kammermusik, nachm. Jugendfürsorge-Vorstellung „Clo-Clo“, abends Premiere „Heilige Ente“, Montag neu „Phygmalion“. Spielplan der Al. Bühne. Heute Freitag „Die Freundin Sr. Exzellenz“, Samstag neustudiert „Mamelle Ritouche“, Sonntag nachm. „Der Mensch im Käfig“, abends „Wahrer Jakob“, Montag Bankbeamtenvorst. „Die Freundin Sr. Exzellenz“.

man sich nicht viel Kopfzerbrechen. In Mitteleuropa sind es nur Oesterreich und die Tschechoslowakei, die sich offen für den „Nichtamateurlismus“ bekennen. Deutschland, Polen, Ungarn, Jugoslawien usw. sind alle für den Amateurlismus eingetreten und verfechten diesen Gedanken mit aller Hingebung. Trotzdem ist es kein Geheimnis mehr, daß auch dort der Amateurlismus seinem Niedergang entgegengeht. Zigaretten- und Sportartikelfabriken, Damenhütefabriken werden für diese „Amateure“ eingerichtet; ja sogar Kaffeehäuser werden gepachtet, und das geht so fort. Hauptache ist und bleibt, daß man mit seinem Amateurlismus Staat machen kann und der allgemeinen Sportwelt beweist, daß bei „und“ von einer Bezahlung des Sportlers keine Rede sein kann.

In dieser Beziehung ist gerade der Weltmeister im Fußball Uruguay ein sehr lehrreiches Beispiel. Seine aufsehenerregenden Resultate auf der bürgerlichen Pariser Olympiade brachten ihm zahlreiche Wettspielanträge ein. Sechs volle Monate „groß“ er Europa ab und ließ sich seine Wettspiele sehr hoch bezahlen (bis 6000 Dollar). Das waren und sind die Amateure, die in den bürgerlichen Verbänden ihr beschauliches und einkommliches Dasein führen. Aber man braucht gar nicht auf diese Exoten hinzuweisen. Wir haben in Europa Länder genug, wo der bürgerliche „Amateur“ wahre Orgien feiert. Da sind es die Spanier, die Italiener, Polen und zuguterletzt kommen die Jugoslawen — von Ungarn ganz abgesehen —, wo die Spieler als reine Amateure „Zuwendungen“ erhalten, die die Bezahlung der Professionals um ein Beträchtliches überschreiten.

Man kann ruhig von einem Niedergang des bürgerlichen Sportes in allen seinen Zweigen sprechen und es gibt auch bald keine Sportart mehr, in der nicht ein solcher „Amateur“ seine Bezahlung findet. Nur daß es da nicht so froh zutage tritt wie im Fußballsport.

Viele, den bürgerlichen Verbänden angeschlossenen Sportvereine setzen sich zum Großteil auch aus Arbeitern zusammen, seien sie nun Spieler oder Funktionäre. Sie haben ihr Vorgehen mit der fadenscheinigen und durch nichts begründeten Ansrede motiviert, daß man sonst nicht „lebensfähig“ wäre. Aber nicht nur das, auch so mancher Arbeiterporrier hat in Verleugnung der wahren Sachlage der Verlosung nicht widerstehen können, den bürgerlichen Vereinen für Geld sein sportliches

Herausgeber Dr. Ludwig Ege. Verantwortlicher Redakteur Wilhelm Niehner. Druck: Deutsche Zeitungs-Verlags-Gesellschaft, Prag. Für den Druck verantwortlich: Otto Holik.

können anzubieten. Soviel Disziplin — und was noch mehr in die Wagtschale fällt — Selbstbewußtsein hat ein Arbeiterporrier immer aufzubringen, daß er seiner Sache, für die er jahrelang tätig war und der er sich mit ganzer Hingabe gewidmet hat, nicht um des Geldes willen den Rücken kehrt. Es ist dies zwar bis heute nur auf vereinzelte Fälle beschränkt geblieben und man darf hoffen, daß es künftighin dabei bleiben wird. Denn in dieser bürgerlichen Gesellschaft, die den Sport nur um des Geldes willen betreibt, hat ein ehrlicher Arbeiterporrier nichts zu suchen.

Ruhig kann behauptet werden, daß es heute wie auch früher nur der Arbeiterporrier ist, der den reinen Amateurlismus im Sport pflügt. Darum: Heraus aus den bürgerlichen Verbänden, die den ehrlichen Sport in Mißkredit bringen und hinein in die Reihen des Arbeiter-Turn- und Sportverbandes! —kl.

KINO-PROGRAMM vom 15. bis 21. Jänner 1926

Wran Urania-Kino Einziges deutsches Kino Prags. Sündenbabel mit Reinhold Schünzel

LIDO 310 „Peter Pan“ Märchenspiel in 10 Tellen. Auch Kindern ist der Zutritt gestattet.

Wo vertehren wir? Café Continental, Prag-Graben Goldenes Arenal, Prag-Retazanta.

Gastwirtschaft „Lidový dům“ der Genossenschaft „Ganymed“ Tägliche PRAG II., Konzerte

Café „Nizza“ Kgl. Weinberge, Fochova 27. Unser Stammlokal.

Alle Sorten Käse, Butter, Eier. Liefert billigst Westböhmisches Käse. Edmund Katz, Pilsen Sedlačekgasse 7. Telefon 700.

DRUCK- u. VERLAGSANSTALT Gesellschaft m. beschr. Haft.

empfehl sich den p. t. Behörden, Vereinen, Organisationen, Gemeinden und Kaufleuten zur Herstellung von Druckarten wie: Tabellen, Böckern, Broschüren, Zeitschriften, Zirkularen, Mitteilungsheften, Einladungen, Plakaten, Flug-schriften, Fakturen, Briefpapieren usw. in solider und rascher Ausführung. Setzmaschinenbetrieb mit Rotationsbetrieb.

IN TEPLITZ-SCHÖNAU Tschiergasse Nr. 6

Frauen im Leben berühmter Männer.

Goethes „Suleika“.

Es ist, als wenn Goethe in seiner Liebe zu Marianne von Willemer, seiner Frankfurter Freundin, fast schon empfunden habe, alle die Glut seines Herzens in Worte zu fassen, die der fünf-wöchigen Jahrgänge formte. Wie finden die Flamme dieser Leidenschaft im „Westfälischen Diban“. Goethe, der ewig Junge, ist Patem, und die Schönheit der Verse in diesem Liebesepos wird fast nur noch übertroffen in dem Epos, das Patems Lieder in Suleikas süßer Poesie finden. Als Goethe 1811 von Weimar auszog in die alte Heimat, da war es, als ob er durch die Nebel des Altags die Sonne neuer Liebe ahnte: „So sollst du, muntere Geis, dich nicht betrüben. Sind gleich die Haare weiß, doch wirst du lieben.“ Nach sieben Jahren sah er Frankfurt wieder, und gleich nach der Ankunft ging er im Mondenschein am alten Goethehaufe vorbei. Es war leer geworden darinnen, aber „die Hausuhr schlug“. Für seinen nächsten Freunden in der Heimat gehörten der Bankier und Senator Willemer und dessen viel jüngere Frau Marianne. Sie lebte als Freundin der drei Töchter aus erster Ehe in Willemers Hause, und ihre schauspielerische und musikalische Begabung, verbunden mit großer Lebenswürdigkeit, gewannen ihr alle Herzen. Nach der Verheiratung seiner Tochter heiratete der vierundfünfzigjährige Willemer die noch nicht dreißigjährige Marianne, die schon als junges Mädchen nach flüchtiger Begegnung an Goethe nach Weimargeföhrieben hatte:

„Siehst man Dich, muß man Dich lieben.“ Ihr reiches Wesen hatte sich, als Goethe sie als Frau wieder sah, zu vollster Harmonie entfaltet. In der Gerbermühle, dem Stammsitze der Familie, wurde Goethe in der Fee des Hauses, der schönen Märlin, die „Trophäen, die Lust am Habulieren“ seiner Mutter lebendig. Aber auch die Erinnerung an die Frau, „die er von allen am meisten geliebt“, an Sili, wachte auf. Ihre Herzen öffneten sich im tiefsten Seelenverständnis, und die Frucht dieser Reigung von Herzen zu Herzen sind die Lieder von Patem, dessen erstes Goethe am 12. September schrieb: „Nicht Gelegenheit macht Liebe; sie ist selbst der größte Lieb.“ Darauf antwortet Marianne-Suleika am 16. September: „Nochbeglückt in deiner Liebe, schelt' ich nicht Gelegenheit.“

Nun ist es wie ein anmutig bewegtes Ballspiel, wie der Ausdruck der Liebe als köstliches Symbol in Dichtungen ausgetauscht wird. Goethe erwartete die Freundin in Heidelberg und gab seiner Sehnsucht vor allem Ausdruck in dem wunderbaren Kastanienlied: „An vollen Büschelzweigen, Geliebte, sich nur hin.“ Gleichzeitig dichtete Marianne auf der Fahrt von Darmstadt nach Heidelberg ihr berühmtes, unvergängliches Sehnsuchtslied „Ostwind“: „Was bedeutet die Bewegung? Bringt der Ostwind frohe Kunde? Zeiner Schwingen frische Reigung fühlst des Herzens tiefste Wunde.“ Dann folgen zwei leuchtende Herbsttage und Vollmondnähe an dem Orte, der an Romanen nicht leicht seinesgleichen findet. Wer auf der Schloßterrasse die vertraute Weise „Alt-Heidelberg“ auf sich wirken läßt, der wird dort ein wenig seitwärts auch die Stelle finden, wo Patems und Suleikas Herzen höher schlugen und im „Westfälischen Diban“ das Bekenntnis von dem Liebesglück nach-

lesen, das noch in späten Jahren das Herz unseres größten Dichters erfüllt hat. Wie er am Abschiedstage, am 26. September, sein Glaubensbekenntnis ausspricht: „Höchstes Glück der Erdenkinder ist doch die Persönlichkeit“, so empfindet er gerade an diesem Tage so stark, daß sich die Persönlichkeit erst vollendet in der Vereinigung mit einer andern, seelenverwandten, und er läßt Patem fortfahren: „Alles Erdennglück vereinet sind ich in Suleika nur.“

Goethe empfand wohl, daß nach diesem Höhepunkte der Heidelberger Tage nichts Vollendetes mehr folgen konnte, und er wollte wohl auch nicht noch einmal geköhrend in ein Menschenschickal eingreifen. Er „klüftete“, wie so oft, und wie einst Marianne dem Ostwinde zugejubelt hatte, der ihr frohe Kunde bringen sollte, so klagt sie nun erregt mit dem Westwinde: „Ach, um deine feuchten Schwingen, West, wie sehr ich dich beneide, denn du kannst ihm Kunde bringen, was ich in der Trennung leide“, und rührend bittet sie ihn: „Doch vermeid', ihn zu betrüben, und verschweig' ihm meine Schmerzen!“

Lange Zeit haben die Suleika-Lieder als Ver- len Goethe'scher Lyrik gegolten. „Wie oft habe ich nicht das Lied singen gehört“, schrieb Goethe 1824 über den „Westwind“ an Marianne, „wie oft dessen Loß vernommen und in der Stille mir lächelnd angeeignet, was denn auch wohl im schönsten Sinne mein eigen werden durfte.“ Erst nach Jahrzehnten erfährt Hermann Grimm durch ihr Vertrauen ihre Autorschaft und machte sie bekannt. Für Goethe und Marianne war gerade das Geheimnis der Gemein-schaft die schönste Blüte ihres Herzensbundes. Als die Trennung kam für sie, die einst im Ueberflusse der Gefühle dem Geliebten zugerufen hatte: „Meine Ruh', mein reiches Leben geb'

ich freudig; nimm es hin“, da hatte sich die junge Frau noch nicht zu der Abgärtlichkeit des Dichtergenies durchgerungen. Ihre blühende Gesundheit schwand dahin, und es war der vornehm empfindende, selbstlose Gatte, der dem Freunde die Wiedervereinigung vorschlug. Es kam nicht dazu, und Marianne rang sich zur inneren Harmonie durch. 1819 konnte Goethe der Geliebten als schönste Erinnerung an gemeinsame Liebe den „Westfälischen Diban“ schicken, und „zugleich demütig und stolz, beschämt und entzückt“ durchlebt sie noch einmal den seligen Traum und schließt ihren Dank mit der Gewißheit, daß man nichts tun kann, als es für eine Gabe des Himmels anzunehmen, wenn das Leben solcher Silberblüte hat“. Durch Marianne ist die Erinnerung an Goethe in Alt-Heidelberg lebendig geblieben, und Goethe hat diese Erinnerung bis zu seinem Tode treulich im Herzen bewahrt. Vierzehn Tage vor seinem Heimzuge, als er das Ende nahen fühlte, schickte er alle Briefe und Blätter Mariannes, sorgsam zusammengebunden, seiner Suleika, „als schönste Dokumente, auf denen man ruhen darf, die uns das frohe Gefühl geben, daß wir gelebt haben.“ Als letzten Gruß fügte er die schönen Verse „Bemächtigt“ bei:

Vor die Augen meiner Lieben
Zu den Fingern, die's geschrieben —
Einst, mit heißem Verlangen
So erwartest, wie empfange —
Zu der Brust, der sie entquollen,
Diese Blätter wandern sollen:
Immer liebedoll bereit,
Zeugen allerhöchster Zeit!
Anna Bloß (Stuttgart).